

Auf dem Weg zur direkten Demokratie

**MENSCHEN FÜR DEMO-KRATIE**

„Aber ist es wirklich Leichtsinn,  
heute an die Zukunft zu glauben?  
Ist es nicht vielmehr ein Zeichen  
hoher Vitalität?  
Ist es nicht ein Vorrecht  
der Vorausschauenden,  
der Phantasiebegabten,  
der mit dem feinen Spürsinn Begabten,  
nicht Untergang zu wittern,  
sondern Leben?

Luise Rinser, 1946

---

## Inhalt

<a href="#">Einleitung.....</a>	<a href="#">5</a>
<a href="#">1 Demokratie.....</a>	<a href="#">6</a>
<a href="#">2 Vision von Menschen für Demo–kratie.....</a>	<a href="#">10</a>
<a href="#">3 Was einer anderen Demokratie in Deutschland entgegen steht.....</a>	<a href="#">17</a>
<a href="#">3.1 Politmafia.....</a>	<a href="#">17</a>
<a href="#">3.2 Etikettenelite.....</a>	<a href="#">18</a>
<a href="#">3.3 Vorbild USA.....</a>	<a href="#">21</a>
<a href="#">3.4 Der Euro am Abgrund.....</a>	<a href="#">21</a>
<a href="#">3.5 Helmut Schmidt – Die Währung ist gut.....</a>	<a href="#">25</a>
<a href="#">3.6 Schuldenbremse und Rettungsschirme.....</a>	<a href="#">30</a>
<a href="#">3.7 Der Bundesrechnungshof und die Rettungsschirme.....</a>	<a href="#">32</a>
<a href="#">3.8 Rettungsschirme und Umlageverfahren.....</a>	<a href="#">33</a>
<a href="#">3.9 Betrug an Rentnern und Unterstutzungsempfangern .....</a>	<a href="#">36</a>
<a href="#">4 Finanzpolitik und Staatsschulden.....</a>	<a href="#">38</a>
<a href="#">4.1 Schuldenanstieg unter deutschen Kanzlern.....</a>	<a href="#">40</a>
<a href="#">4.2 Bundes– und Landeshaushalte nebst Nachträgen.....</a>	<a href="#">42</a>
<a href="#">5 Visionen von Politikern.....</a>	<a href="#">43</a>
<a href="#">5.1 Schmidt–Vision.....</a>	<a href="#">43</a>
<a href="#">5.2 Kohl–Vision.....</a>	<a href="#">44</a>
<a href="#">5.3 Merkel–Vision.....</a>	<a href="#">46</a>
<a href="#">5.4 Seehofer–Vision.....</a>	<a href="#">47</a>
<a href="#">6 Amtseide, Amtspflichtverletzungen – Strafbarkeit.....</a>	<a href="#">48</a>
<a href="#">6.1 Merkel und rechtsanhangige Verfahren.....</a>	<a href="#">53</a>
<a href="#">7 Direkte Demokratie in Deutschland?.....</a>	<a href="#">54</a>
<a href="#">7.1 Vorbild Schweiz.....</a>	<a href="#">55</a>
<a href="#">7.2 Wahrungsreform.....</a>	<a href="#">56</a>
<a href="#">7.3 Volksentscheid.....</a>	<a href="#">60</a>
<a href="#">7.4 Versicherungsverein(e) auf Gegenseitigkeit.....</a>	<a href="#">62</a>

---

<a href="#">7.5 Rebellen, Demonstranten und Revoluzzer.....</a>	<a href="#">63</a>
<a href="#">7.6 Wahlen/Abgeordnete.....</a>	<a href="#">64</a>
<a href="#">8 Wir werden die direkte Demokratie bekommen.....</a>	<a href="#">65</a>

---

## Einleitung

In der ‚Welt am Sonntag‘, vom 8. Mai 2011 fragte Horst Seehofer, wo denn die Revolution bliebe? Es mag sein, dass Seehofers Sinn für Humor ein seltsames Universum ist, es mag auch sein, dass Seehofers Frage ernst gemeint war, wir, von *Menschen für Demo-kratie* jedenfalls wollen die Revolution auch.

Eine schnelle Revolution, eine unblutige, vielleicht so wie der Ruck, nach dem Roman Herzog schon 1997 rief, diesen Ruck, der durch Deutschland gehen müsse, damit sich all-bundesländlich schlagende Hasenherzen augenblicklich in Löwenherzen verwandeln sollten.

Seehofer müßte wissen, die Deutschen neigen zur Vereinsbildung, sie lieben ein gutes Frühstück, dazu Zeitungen, die diese Rituale vor Wahrheiten verschonen. Und mitten hinein in diese Rituale rufen zwei Propheten nach einem Ruck und nach einer Revolution – und am Tag nach all den schönen Worten herrschen wieder Machtmissbrauch, Gier, Korruption, Umweltzerstörung, Verantwortungslosigkeit, Krieg, Terror, Gewalt, Mobbing.

Es hätte wohl Unsummen an Feenstaub gekostet, die ruckhaftige Sehnsucht des Herrn Herzog zu erfüllen, und so bekannt ist, ist Feenstaub in dieser Welt Mangelware. Somit bleibt die Revolution, aber woher soll sie kommen?

Nun, bitte, hier ist sie!

Sie heißt: direkte Demokratie.

*Menschen für Demo-kratie* treten dafür ein, dass diese direkte Demokratie in Deutschland Einzug hält. Damit werden Hasenherzen nicht zu Löwenherzen, wir sind ja keine Zauberer und leider auch keine Feen, aber wir versprechen uns von diesem Wandel ein Deutschland, in dem Schüler zum Denken erzogen

---

werden, Arbeit für Leistung bezahlt wird und ein Promibonus so wenig vor Strafe schützt wie Dummheit. Das Eben-Nicht-Zaubermittel dagegen heißt: Respekt. Respekt, den jeder vor sich selbst haben sollte und ebenso Respekt, den jeder jedem anderen gegenüber aufbringen sollte. Eine weitere Zutat zum Umdenkgebräu ist Demut. Demut vor eigenen Gedanken und Leistungen und Demut davor, was andere Menschen denken und leisten.

*Menschen für Demo-kratie* sind ein loser Zusammenschluss von Freunden, die unabhängig, überregional und überkonfessionell dafür arbeiten, dass Verstöße aus Politik und Wirtschaft strafrechtlich verfolgt werden und dass die Politik auf Pump ein Ende in einer baldigen Währungsumstellung findet.

Wir fühlen uns mit allen Menschen verbunden, die für diese Ziele kämpfen, aber auch für Mitbestimmung, Einmischung Einzelner, gegen politisierte Rechtsprechung.

Wir wollen beitragen, ein anderes Deutschland zu ermöglichen; eines, in dem neben rechtlichen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Grundsätzen, vor allem Mitmenschlichkeit und der Wille zur Mitbestimmung wohnen. Derart bewegt glauben wir daran, dass im Lande wieder ein demokratisches Bewusstsein entsteht. Und das dieses Bewusstsein die Politik lenkt.

## **1 Demokratie**

Die Mehrheit der Deutschen war gegen eine Beteiligung deutscher Soldaten am Irakkrieg. Unzählige Demonstrationen und Lichterketten brachten diese Meinung zum Ausdruck.

Als Bundeskanzler Gerhard Schröder in einer Regierungserklärung, vom 29. Oktober 2002 vor dem Bundestag sagte, Deutschland würde sich an einer militärischen Intervention im Irak nicht beteiligen, müssen ebenjene Friedensbe-

---

wegten aufgeatmet haben. Und dann unterstützte die Bundesregierung im Rahmen ihrer Bündnisverpflichtungen diesen Krieg, wie sie es auf dem NATO-Gipfel am 21. November 2002 in Prag erklärt hatte.

Wendungen wie diese ließen sich in Massen finden; einen jeden Bundeskanzler beträfe mindestens eine dieser Entgleisungen.

Im Artikel 20 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland steht geschrieben: Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Staat (Absatz 1). Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus (Absatz 2). Erstaunlich, denn das Volk schien keine Beteiligung am Krieg zu wünschen, und dennoch gestattete die Regierung Schröder den NATO-Truppen Transporte und Überflüge und Deutschland diene als so genannte Nachschubbasis.

Ist das Demokratie?

Ja, zumindest, wenn die Definition genauer betrachtet wird. ‚Demokratie‘ entstammt dem Griechischen. ‚Demos‘ bedeutet das Volk, ‚Kratia‘, bedeutet Herrschaft. Im alten Griechenland regierten Aristokraten oder Plutokraten, das Volk hatte wohl kaum politischen Einfluss. Das zeigt schon die Misere: Demokratie bedeutet nicht, dass ein Volk regiert, sondern eine Volksvertretung, die (im besten Falle) vom Volk gewählt wurde.

Das Missverständnis, den Begriff ‚Demokratie‘ als Volksherrschaft verstehen zu wollen, stammt aus der Zeit der Aufklärer, wie John Locke (1632 bis 1704) oder Charles de Montesquieu (1689 bis 1755), der in seinem 1748 erschienenen Buch ‚Vom Geist der Gesetze‘ ausführte, in einem Staat müsse die Macht die Macht eingrenzen, da eine Erfahrung lehre, Menschen würden zum Missbrauch neigen, sofern sie eben Macht hätten.

---

Um einen Diktator zu verhindern, bestimmte Montesquieu: In einem Staat müsse es drei Mächte geben, die Gesetz gebende, die richterliche und die vollziehende. Montesquieu entließ diese Gedanken mit dem Hinweis, diese drei Mächte müssen unabhängig voneinander agieren.

Das Prinzip Montesquieus gilt bis heute als Erfolgsformel der Staaten der westlichen Welt. So heißt es auch im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland (Artikel 20 GG): Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden (Absatz 3).

Der Unglückswurm im Zeitvertreib um die historische Umdeutung des Begriffs ‚Demokratie‘ mag, freilich nur in diesem Punkt, Jean-Jacques Rousseau (1712 bis 1778) gewesen sein. Sein Leitsatz „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ mag einer freudigen Vision entsprungen sein, die ein schläfriger Schreiber als Grundwahrheit notierte. Tatsache ist, wie schon zu Zeiten der alten Griechen, ist der politische Einfluss des Volkes in der deutschen parlamentarischen Demokratie gering.

Abgesehen von allen Diskussionen, was Demokratie bewirken und erreichen will, die Aufklärer sprachen von der Erlangung der Freiheit, und den Regierenden der westlichen Welt, die permanent damit beschäftigt sind, den Willen des Volkes auszumachen, um die Ziele des Staates danach auszurichten, ist heute die Hauptaufgabe eines demokratischen Systems, dass Minderheiten gegen Mehrheiten geschützt sind.

Es wäre müßig und wahrscheinlich kaum umsetzbar, komplett auf Demokratie zugunsten einer ganz anderen Staatsform zu verzichten. Wie auch immer diese Staatsform geartet wäre, Gier, Neid oder Hass als menschliche Faktoren, wären nicht auszuschließen.



---

In diesem Sinne sehen *Menschen für Demo-kratie* den Rahmen für eine Demokratie, die nicht allein darauf bedacht ist, Politiker über die Begrenzung der Regierungszeit, in ihrer Macht zu beschneiden, denn das muss dazu führen, dass jeder Amtierende vor allem am Machterhalt über eben diese festgelegte Zeit hin, interessiert sein muss.

Parteiarbeit kann so nicht sachbezogen geführt werden. Immer spielen Macht erhaltende Interessen die führende Rolle. Und es kostet Geld, immer wieder Entscheidungen der Vorgängerregierung umstülpen zu müssen, und es führt letztlich dazu, dass nur bis zur nächsten Wahl gedacht und gehandelt wird und nicht für die Zukunft.

Und hinzu kommt: Solange im Staatshaushalt mehr Geld ausgegeben wird, als eingenommen wird und die Verschuldung durch Kredite und Rückzahlungsforderungen jener Kredite die Staatskasse weit über die Regierungszeiten unzähliger Legislaturperioden hinaus belastet, kann keine Zukunft wachsen, die es dem Staat ermöglicht, in Fortschritt und Forschung zu investieren und in eine gesunde Kaufkraft und eine soziale Absicherung der Menschen des Landes.

Bei allen Gemeinsamkeiten, die Demokratien der einzelnen Länder heute verbindet, wie

- Gewaltenteilung (Judikative, Exekutive, Legislative);
- Verfassung (Grundrechte der Einwohner, Struktur der staatlichen Organe, ihre Aufgaben und Befugnisse);
- Gesetze (zivilrechtliche Vorgaben über Rechte und Pflichten aller Bürger, strafrechtliche Vorgaben, die Verbote und Strafen regeln und Gesetze zu speziellen Themen, die den Staat betreffen, wie beispielsweise Umweltschutz, Landwirtschaft, Energieversorgung);

- 
- Verordnungen (Anweisungen der Regierung, wie Gesetze anzuwenden sind);
  - Parteien und Wahlen, gibt es zwischen den Formen der präsidentialen Demokratie und der parlamentarischen Demokratie im Bezug auf die direkte Demokratie einen Unterschied: die Möglichkeit des Volkes, die Entscheidungen der Entscheider zu beeinflussen. Dieses Mitspracherecht, in Form von Volksbefragungen und Volksabstimmungen, die verfassungsmäßig als bindend anerkannt sind, müssen in Deutschland Einzug halten. Das Volk darf nicht länger nur als Wähler fungieren.

## 2 Vision von Menschen für Demo-kratie

Als Zusammenschluss von Gleichgesinnten, haben sich *Menschen für Demo-kratie* vorgenommen, initiativ zu werden. Einen Verein wollten wir nicht gründen, ebenso keine andere Rechtsform als Rahmen für die Arbeit suchen, da für uns die Sache im Vordergrund steht. Der Einzelne soll seine Erfahrungen, Meinungen und Leistungen einbringen, jedoch unabhängig und eigenverantwortlich im Sinne der Sache arbeiten. Das Prinzip heißt: Dienen.

Dieses Prinzip, so meinen *Menschen für Demo-kratie*, sollte allgemein wieder Einzug halten. Vor allem Staatsangestellte, Verantwortliche aus Wirtschaft und Bildung, sollten dienen, und es lernen, sofern sie es verlernt haben oder die Machtstrukturen, in denen sie arbeiten, ihnen die Sicht genommen haben.

Es ist nun bekannt, wo wir stehen und welche Ziele *Menschen für Demo-kratie* verfolgen. Der wichtigste Aspekt unserer Arbeit, die Analyse der abenteuerlichen Staatsverschuldung, die, wie zu keiner anderen Zeit, von Krediten lebt, um Kredite abzuzahlen, kann nur ein Ende in einer Währungsumstellung haben.

---

*Menschen für Demo*-kratie gehen davon aus, dass die nächste Währungsreform in Deutschland (nach 1871 bis 1873; 1923 bis 1925; 1948 in den Westzonen und der Sowjetischen Besatzungszone Berlins; 1957 in der DDR; Einführung des Euro 1999 bis 2002) vor der Tür steht.

Sie würde den Euro als Währung verabschieden, ihn zumindest aus den Verpflichtungen des Staatenbundes der 17 Euro-Länder ausklinken. Um danach im Sinne einer sozialen Marktwirtschaft wirtschaften zu können, muss eine politisch gewollte und von der Wirtschaft mitgetragene Weichenstellung erfolgen. Dazu müssen die Innenpolitik in Sachen Finanz- und Haushaltswesen reformiert werden und zwar unabhängig von Wahlperioden.

Wünschenswert wäre in diesem Zusammenhang ein Einsehen aller politisch Verantwortlichen, über alle anderen Parteiinteressen hinaus, eine diesbezüglich dienende Politik zu gestalten und dies über ein entsprechend handelndes, also dienendes, Parlament umzusetzen.

Um dies erreichen zu können, sollte ein über dem Parlament stehendes Gremium an allen Entscheidungen ausschlaggebend und verbindlich beteiligt werden, wie beispielsweise der schon bestehende Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung oder auch die fünf Wirtschaftsweisen genannt.

Dieses 1963 eingeführte Gremium veröffentlicht jährlich unabhängige Gutachten zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, die es allen wirtschaftspolitischen Behörden erleichtern soll, die Wirtschaftslage zu bewerten und zu beurteilen. Diese Analysen sind die Grundlage des Jahreswirtschaftsberichtes, den die jeweilige Bundesregierung zum jeweiligen Jahresende vorträgt. Die Bundesregierung kann den Sachverständigenrat zu Sondergutachten verpflichten, sofern die finanziellen Bedürfnisse auf einem Gebiet, nicht rentabel oder umsetzbar erscheinen.

---

Diese Ordnung muss unterbrochen werden.

Nicht die Bundesregierung sollte Gutachten anfordern, sondern eher Rechenschaft über den Verbleib von Geldern und deren Nutzung ablegen. Der Sachverständigenrat oder ein ähnlich gelagertes, eben der Bundesregierung überstelltes Gremium, sollte mit seinen Analysen und Prognosen der bestimmende Aspekt bei der Gestaltung der wirtschaftlichen Planung des Staatshaushaltes sein. Und auch das Parlament muss von diesem Gremium erst die Zustimmung erhalten, bevor rechtsgültige Beschlüsse getroffen werden.

Das Finanzgremium darf keine parlamentarischen Rechte haben; seine Arbeit würde vom Bundesrechnungshof kontrolliert. In den so genannten jährlichen Weißbüchern würden die Arbeitsberichte der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Im Laufe der Zeit würden Beanstandungen naturgemäß geringer werden, wenn dieses Finanzgremium für alle mit Finanzen zuständigen Entscheidungen das letzte Wort gegenüber dem Parlament und in allen mit Finanzfragen und Finanzauswirkungen auftretenden Grundsatzfragen hat. Dieses Finanzgremium ist dem jeweiligen Volkswillen zu unterstellen. Kein Parlamentarier/Abgeordneter dürfte in diesem Gremium vertreten sein.

Um diese Ziele rechtsgültig zu binden, müssen entsprechende Erweiterungen bzw. Änderungen im Grundgesetz und in den Verfassungen der Bundesländer erfolgen. Klare Aufgaben und Pflichtenbeschreibungen sowie bei Verletzungen dieser Pflichten, entsprechende Strafbarkeit, wäre die grundsätzliche Voraussetzung für dieses Gremium im weitesten Sinne – im besten Fall sogar über eine über das Aktiengesetz hinaus gehende Managerhaftung hinaus.

Nur so ist es vermeidbar, dass nach verwirtschaftender Politik im Schnitt alle 60 Jahre ein Neubeginn nach einer Währungsumstellung erfolgen muss. Eine Abkopplung von dieser verwirtschaftenden Politik, die unser Grundgesetz

---

rechtlich bindend, anstatt auf tatsächliche soziale Marktwirtschaft zu setzen, immer noch ermöglicht, duldet keinen Aufschub.

Die Schweiz führte 2003 die so genannte [Schuldenbremse ein](#), nach dem ein entsprechender Volksbeschluss im Jahre 2001 in Kraft getreten war. Durch diese Verfassungsregelung wurde der Bund verpflichtet, Einnahmen und Ausgaben über den Konjunkturzyklus hinweg im Gleichgewicht zu halten. Das Reinvermögen des Staates wird seither geschützt bzw. das Schulden machen wurde ausgebremst. In Deutschland, wo ebenjene Ermittlung des Reinvermögens verfassungsrechtlich gefordert ist, wird es gar nicht ermittelt. Ein unglaublicher Lapsus!

Im [Stabilitäts- und Wachstumspakt](#) der Europäischen Union (denen die Schweiz ja nicht angehört), verpflichten sich die Mitgliedsländer prinzipiell zu einer [Neuverschuldung](#) von maximal drei Prozent des [Bruttoinlandsprodukts](#) und einem Schuldenstand von maximal 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Da Deutschland in den Jahren des Euro mehrfach trickste, um diese Grenzen nicht zu überschreiten, beschlossen Bundestag und Bundesrat 2009 auch eine [Schuldenbremse für Deutschland](#).

Nach dieser Regelung soll die strukturelle, also nicht konjunkturbedingte Nettokreditaufnahme des Bundes maximal 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts betragen.

In der Schweiz trug die Schuldenbremse, die das Volk beschlossen hatte, dazu bei, die Verschuldung des Staates zu senken.

Im Jahre der Finanzkrise 2002 waren Deutschland und die Schweiz in etwa gleich hoch verschuldet. In acht Jahren stieg die Verschuldung Deutschlands fast um den doppelten Wert, um den sie in der Schweiz gesunken war.

---

Vergleich für die Gesamtverschuldung von Staaten (in % des Bruttoinlandsproduktes)

Jahreszahl	Schweiz	BRD
	mit Volksentscheid	ohne Volksentscheid
2002	57,2 %	60,3 %
2010	47,8 %	83,3 %

Dazu kommt, dass die Arbeitslosigkeit in der Schweiz sank und in Deutschland wieder stieg.

Arbeitslosigkeit

Nov. 2009	4,2%	7,7 %
-----------	------	-------

Die Schweiz kennt bis heute keine Währungsreform - Deutschland kennt mehrere. Eine Orientierung am ‚Modell Schweiz‘ wäre für die Bundesrepublik erstrebenswert; eine Abziehversion soll dabei nicht entstehen. Vielmehr wäre es wichtig, dass die Deutschen sich um ihre politische Zukunft bemühen. Diskussionen, Diskurse und Ergebnisse sollen das Grundgerüst für eine andere Demokratie sein. Die Schweiz könnte demnach als Vorbild dienen.

Der Aufbruch in ein anderes demokratisches Deutschland, das Ost und West in der Welt neu präsentiert, mit einer neuen, gemeinsamen Hymne, einer anderen Fahne, einer erneuerten Verfassung muss ohne Verzögerung geschehen. Die Deutschen verpassen sonst eine einmalige Chance, ihre Zukunft zu bestimmen, in einem vereinigten Europa oder am besten als selbstbestimmter Teil eines Bündnisses. Solidarität, Stabilität und Chancengleichheit würde so realisiert. Das Angebot, Gleichberechtigte stimmen ihre Leben aufeinander ab und bestimmen so über ihre Leben, klingt sehr verlockend.

---

Die Möglichkeit, im direkt-demokratischen und föderalistischen System auftretende Probleme gesamtgesellschaftlich zu diskutieren und Entscheidungen zu treffen, bietet die Schweiz als derzeit einziges Land auf der Welt. Dennoch ist diese Art nicht eins zu eins übernehmbar. In Deutschland müsste zunächst der Wille zur Mitbestimmung geweckt werden. Und *Menschen für Demokratie* rufen dazu auf. Es würde sich doch lohnen, fehlerhafte Politiker aus ihren Ämtern zu vertreiben und durch Macher zu ersetzen, die unbequem sind und auch vor radikalen Maßnahmen nicht zurückschrecken, sofern diese für die Sache notwendig sind.

Derzeitige Politiker sind Verwalter; sie werden vom Volk bezahlt und dieses gestattet Verwirtschaftung durch Desinteresse. Es geht aber jeden an, ob der Staat pleite geht oder nicht. Statt dessen wüten Politiker mit zum Teil äußerst zweifelhaften Herkunftsangaben, Titeln oder Ämtern. Damit betreiben sie Etikettenschwindel und führen doch nur narzisstische Machtgier im Sinn. Wollten sie dem Staat dienen, wären sie vernünftiger Handlungen fähig, würden sie nicht Jobs antreten, die ihnen gutes Geld und eine Reputation einbringen und vielleicht einen Eintrag im Lexikon, der ihre historische Leistung umschreibt, eine Leistung, die nicht unbedingt dem Volke nur zum Vorteil gereicht hat. Und das alles zu Lasten des Steuerzahlers.

Deutschland darf nicht länger ein Selbstbedienungsladen für Banker und Wirtschaftsbosse sein, die nach Belieben, die Möglichkeiten des Staates in eigenen Profit umsetzen und Politiker als Umsetzer und die Presse als Sprecher benutzen, diese Profitgier der Öffentlichkeit zu präsentieren.

Politiker sollten Staatsdiener sein. Es wäre müßig, ihnen anzuhängen, mit ihrem Vermögen für Fehlritte haftbar gemacht zu werden, denn wer willentlich und wissentlich Staatsverträge bricht, Unsummen im Ausland in irrsinnigen Pro-

---

jekten verjubelt und damit unser aller Zukunft, wird kaum mit einer Summe haftbar gemacht werden können, die jemand privat besitzt.

Ein erster Schritt könnten Pensionskürzungen der so genannten Staatsdiener sein, um die Finanzen Deutschlands zumindest ein wenig schön schreiben zu können.

Es ist Zeit, dass wir uns von studierten Idioten (mit teilweise ideologisch gefärbtem „Sachverstand“) emanzipieren. Das Land bezahlt eine Masse von Prüfern, Gebäude und Verwaltungen vieler Institutionen, die der Staatskontrolle dienen sollen. Aber ihre Wirkungsweise und Effizienz verpufft. Und immer noch zu viele lassen das zu! Und alle zahlen dafür!

Der deutsche Bundestag – manche träumen von zwei Nullen an der Tür – hat und das darf jeder Deutsche und jeder in Deutschland niedergelassene mit recht sagen nur Nullen im Saal. Im wahrsten Sinne des Wortes haben diese Abgeordnete weitere Nullen erschaffen, nämlich zwölf Nullen bei über zehn Billionen Gesamtschulden Stand Ende 2010. So viele Nullen hat eine Billion.

Ein Trost – es sind nur 600 Parlamentarier. Für wie viel monetäre Verwirtschaftung und damit Zerstörung der künftigen Kaufkraft ist jeder Abgeordnete verantwortlich? Das wird kaum errechenbar sein, leider. Und was bleibt von Politikern, wie Willy Brandt, dem nachgesagt wird, er habe nicht sagen können, wie viele Nullen eine Million hat. Aber immerhin hat Willy Brandt in seinem Unwissen, die besten Ergebnisse erzielt, so lange es um Staatsschulden ging, um den Rahmen der jährlichen Schuldenratentilgung im Verhältnis zum jährlichen Wirtschaftswachstumsratenanstieg in Prozenten.

Die größten Verwirschafter waren Altkanzler Helmut Schmidt und Helmut Kohl. Kann man da noch den auf ihre Existenz angewiesenen Abgeordneten etwas vorwerfen, die die meisten Vorlagen von der politischen Oberschicht



---

bekommen und von diesen geleitet werden. Insbesondere, da es sich nicht um Finanz- und Wirtschaftsfachleute und Haushaltsspezialisten handelt, sondern um Angestellte im öffentlichen Dienst und Beamte. Die dürften schon mehr Sachverstand haben, wenn sie eine derartige Position anstreben und sie dürften auch ein wenig mehr Kreuz haben, wenn es um Veränderungen des Systems ginge.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, die deutsche Mentalität des Vertrauens, des Anhimmeln von Überstellten und des Hoffens, diese Überstellten würden es schon richten, endlich abzulegen. Gegenüber politischer Macht (inklusive zu unterstellender Machtgier) im Hinblick auf die noch jetzt gültige Fassung des deutschen Grundgesetzes, ist jede Bereitschaft zur Gegenwehr erforderlich.

### **3 Was einer anderen Demokratie in Deutschland entgegen steht**

#### **3.1 Politmafia**

Die Presse berichtete unlängst über Flüchtlinge aus Libyen, Tunesien, Eritrea oder Somalia, die auf der italienischen Mittelmeerinsel Lampedusa Asyl gesucht hatten. Unter der Überschrift ‚Politiker werfen Italien “Mafia-Methoden“ vor‘, war zu lesen, wie das Land Italien darum bemüht war, die Asylanten in andere EU-Länder abzuschieben. Ebenjene europäischen Verbündeten meinten, diese Flüchtlinge sollten umgehend in ihre Heimatländer zurück kehren, da es sich um Wirtschaftsflüchtlinge handele. Die CDU als deutsche Regierungskoalitionspartei rümpfte die Nase über Touristenvisa, die den Flüchtlingen ausgestellt worden waren, um eventuell auch in Deutschland einreisen zu dürfen. In diesem Zusammenhang, warf ein CDU Innenexperte der italieni-

---

schen Regierung sogar „Erpresser-Methoden“ vor „wie man sie nur von der Mafia kennt“.

Es ist interessant, dass Politiker innerhalb Europas, sich Mafiamethoden vorwerfen, wo doch der Volksmund sagt, die eigentliche Kriminalität und Mafia säße in den Regierungshauptstädten nicht nur Europas, sondern überall auf der Welt.

### **3.2 Etikettenelite**

Borniertheit mag den Deutschen ebenso im Blut liegen wie der Hang zur Vereinsbildung. Kommen zu diesen Leidenschaften noch Narzissmus und die Sehnsucht, das schmale kleinbürgerliche Format aufzuwerten, um in ertragreiche, öffentliche Ämter oder Würden zu gelangen, stellt sich die Frage, inwieweit derartige Bestrebungen schädlich sind.

Ämter und Würden sollten von Personen ausgefüllt werden, die ihr Amt ausfüllen können (qualitativ, was Bildung und Verstand insbesondere meint) und ausfüllen wollen (Menschen, die dienen können).

So gibt es neben zahlreichen fehl besetzten Ämtern auch noch die Klasse der selbst ernannten Etikettenträger und Eliten. Da wären beispielsweise der Heidelberger Professor Paul Kirchhof, der schon versucht hatte, in die Hemisphären der Bedeutung aufzusteigen als Gerhard Schröder noch Deutschland regierte. Schröder hatte kein Interesse an Kirchhof oder keine Verwendung für das Kirchhofsche Steuermodell. Kirchhof ließ über die Presse ein paar böse Worte zur Lage über die SPD verlauten und wartete. Schließlich gilt in der Politik dasselbe wie im Fußball: Nach der Wahl, ist vor der Wahl.

Die Gewählte wurde Angela Merkel, und sie hatte sehr wohl Verwendung für Kirchhof, mehr noch, sie war auf dem besten Weg, ihn zum Finanzminister zu berufen; in diesen Zeiten galt Kirchhof als Wunderkind einer revolutionären Steuerreform. Aber dann klangen die Posaunen leiser bis sie schließlich ganz

---

verstummten, und als in der ersten Jahreshälfte 2006 Bundestag und Bundesrat (die Länder handelten gleich noch einen Kompromiss über die Finanzierung des Nahverkehrs heraus und gaben schließlich das Jawort) zur Sanierung der Staatskasse die größte Steuererhöhung seit 1949 beschlossen (und da mag die Fußballweltmeisterschaft in Brasilien nur zufällig so nah an den Ereignissen gelegen haben), dankte Angela Merkel Kirchhof für seine gute Arbeit.

Die Summe der Mehrbelastungen und Sparmaßnahmen sollte bei 28 Milliarden Euro liegen; die Anhebung der Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent sollte 23 Milliarden Euro ausmachen.

Von den Sparmaßnahmen waren außer der Mehrwertsteuer auch die Versicherungssteuer betroffen, zudem die Bezüge von Beamten, die so genannte Pendlerpauschale, das Kindergeld, der Sparfreibetrag, Arbeitszuschläge, wie Sonn- und Feiertagszuschläge und Zuschläge für Nachtarbeit, aber auch Renten-, Kranken und Pflégerversicherungsbeiträge. Vielleicht war Kirchhof von der leicht ambivalenten Entscheidung der Frau Kanzlerin überrascht, zumindest besann er sich auf seine Bestimmung als Professor für Staats- und Steuerrecht und mochte sich zurück gesetzt geföhlt haben, aber in der akademischen Welt, sind sie aufgehoben die Eliten und Exzellenzen, die theoretische Sandburgen bauen, von denen das Volk nichts ahnt.

Allein die Tatsache, dass Universitäten als Elite-Universitäten bezeichnet werden dürfen, belegt das Unvermögen akademischen Denkens. Immerhin richtet das Bedürfnis nach Besonderheit keinen Schaden im Empfinden des Normalbürgers an, denn was aus Wolkenkuckucksheim dringt, ist allgemein so unverständlich, dass es sich jedweder Beachtung entzieht.

Schlimmer ist da, die Werbung der Partei, die sich wie die FDP es tat, als Partei der „besser verdienenden“ benannte. Ein Stimmanteil von 14 Prozent der Wahlberechtigten, die gewählt haben, belegt, der Deutsche lechzt nach einer

---

solchen Zugehörigkeit, und es ist wenig Deutschland förderlich, wie gut dieser Slogan vor allem bei den breiteren Wählerschichten zog.

Ähnlich wie Paul Kirchhof sich einst verhob, taten es auch Freiherr Karl-Theodor zu Guttenberg (CDU) und Silvana Koch-Mehrin (FDP), die mit ihrer Arbeit an verantwortungsvollen Plätzen keinen Titel nötig gehabt hätten. Sind die Deutschen, und der Nachkriegsgeneration sei die Geilheit auf Titel und Bedeutung verziehen, noch immer derart verblendet, dass sie von jungen, talentierten Menschen, die mit ihrer Ausbildung und ihrer Ausstrahlung auf den Titel hätten verzichten können und sich mit den Jahren an ihren Wirkungsstätten verdient gemacht hätten, zusätzliche Titel und Approbationen verlangen. Es muss aufhören, dass in derartigen Kreisen immer schon alles erreicht sein muss, bevor überhaupt ein Stück Arbeit getan wurde. Glorie erwirbt sich niemand mit einem Titel, schon gar nicht, wenn er erschwindelt wurde. Wenn ebenjene Talente es nötig haben, um der glatten Karrieren willen zu lügen, was hat dies zur Folge für die von ihnen vertretenen Menschen als Erfüllungsgehilfen eines Bundeskanzlers oder als Bundeskanzler selbst?

*Menschen für Demo-kratie* meinen, Bewerber für entsprechende Ämter sollten ihre Qualifikation ausschließlich durch ihre Arbeit beweisen. Lügen, betrügen und faule Früchte zeugen, ist ein zu schönes politisches Spiel geworden. Nebenbei bemerkt: andere Menschen arbeiten für ihr Geld, arbeiten sie schlecht, werden sie entlassen, betrügen sie, werden sie dafür bestraft.

Wie das Wort Bürger sagt, bürgen die Menschen eines Landes dafür, wie ihre Volksvertreter handeln – das Volk sollte wieder handeln; Volksvertreter haben, so lange Ämter derart besetzt werden, versagt; sie müssen versagen, weil Verstrickungen, Strukturen und allgemeine Akzeptanz gar nichts anderes ermöglichen.

---

### **3.3 Vorbild USA**

Die Vergleichszahl zu den zehn (bis zwölf) Billionen Euro Gesamtschulden in Deutschland liegt für die USA, z. B. mit nicht ganz der vierfachen Einwohnerzahl im Vergleich zu Deutschland, bei 60 Billionen Euro Gesamtschulden.

Das ist weitaus mehr als der Multiplikator der Einwohnerzahl. Die USA sind in einem Maße verschuldet, das weit noch über das Maß der deutschen Verschuldung hinausgeht. Die Gelddruckerei läuft dort auf Hochtouren; in Deutschland konnte sie bisher durch den Ankauf maroder Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank (EZB) auf Maß gehalten werden. Bleibt zu hoffen, dass das Vorbild USA in dieser Angelegenheit mal nicht nach Deutschland schwappt.

### **3.4 Der Euro am Abgrund**

Zum Thema Euro-Krise schwieg die Presse lange, weil sie bisher davon profitiert. Eine Dokumentation des Senders 3Sat beschäftigte sich jedoch als eine der Ersten im deutschsprachigen Raum eingehend mit der Situation des Euro („Der Euro am Abgrund“, Erstsending: 9.12.2010).

Zunächst wurde erklärt, wie es griechischen Politikern gelang, Milliarden Euro zu verschleiern, wie der Betrug 2004 auffiel und wie trotz dieses Betrugs für die Olympiade in Athen (13. bis 29.8.2004) Kredite in Höhe von zehn Milliarden Euro für Sportanlagen gewährt wurden, die seither verrotten, und seit Griechenlands Bankrott, unter anderem die Europäische Währungsgemeinschaft täglich eine Million Euro Zinsen kosten.

Im ersten Halbjahr 2010 stellten die Finanzmärkte fest, dass Griechenland weitere Zahlen gefälscht haben musste. Die Finanzminister der Länder trafen sich und beschlossen, um den Euro zu retten, Griechenland mit 110 Milliarden Euro zu retten.

---

Der ehemalige deutsche Bundesfinanzminister Theo Waigel führte in der Dokumentation 'Der Euro am Abgrund' aus, dass die gemeinsame Währung zuerst in zwölf europäischen Ländern in Verbindung mit dem Maastrichtvertrag und dem damit in Zusammenhang stehenden Stabilitätspakt ein Rückfall in den alten Schlendrian verhindern sollte. Deswegen seien die Schuldengrenzen eingefügt worden.

Er bemängelte, dass in der Folge keine Strafmaßnahmen bei Überschreiten wirksam wurden und die bei Einführung des Stabilitätspaktes selbst gesetzten Grenzen, wonach nur bei deren Einhaltung Stabilität des Euro gewährleistet sein könne, von den eigenen Initiatoren überschritten wurden und zwar in Höhen, die diese Grenzen als Dilettantismus enttarnten.

Wenn die ursprüngliche Intention der Euro-Erfinder gestimmt haben sollte, dass der Euro nur dann stabil bleiben würde, wenn die geschaffenen Grenzen eingehalten würden, dann ist damit schon der Beweis erbracht: Seit dem Länder, wie Irland die 60-Prozent-Gesamtschuldengrenze auf 230 Prozent des Bruttoinlandsproduktes überschritten haben und Deutschland als beste Wirtschaftsnation im europäischen Raum sogar im Jahr 2010 die 60 Prozent schon über 83 Prozent überschritten hat, ist es hinfällig zu diskutieren, wie sehr der Euro am Abgrund steht.

Die Finanzminister der europäischen Länder beschlossen innerhalb der Währungsunion, dass bei Grenzüberschreitungen keine Sanktionen erfolgen sollten. Damit war die Währungsunion ein Pakt, der bei den Menschen der beteiligten Länder Vertrauen schaffen wollte, um die neue Währung zu etablieren. Dieses Vertrauen, sofern es jemals bestanden haben mag, wurde missbraucht. Als einziger Politiker sprach sich der mittlerweile u. a. wegen Vorwürfen des Amtsmissbrauchs, Bruch des Amtsheimnisses in schwere See geratene ehe-

---

malige Finanzminister von Österreich Karl-Heinz Grassler indirekt für die Bestrafung derjenigen aus, die diese Grenzen überschreiten.

Demnach hätte Griechenland sofort sanktioniert, sprich aus der Gemeinschaft ausgeschlossen werden müssen, aber dieses Zeichen blieb aus. Seit diesem Nicht-Beschluss der Finanzminister ist der Stabilitätspakt Makulatur. Die Regierung Kohl in ihren letzten Zügen hat so wenig zur Rettung oder Stabilität des Euro beigetragen wie die Regierung Schröder und die Regierung Merkel. Vielleicht wollte sich Altkanzler Kohl ein Hintertürchen offen halten, um die schon zu der Zeit erfolgten, leider wohl kaum beweisbaren möglichen Überschreitungen Deutschlands und Frankreichs nicht an die große Glocke zu hängen.

Beachten wollen *Menschen für Demokratie* dennoch: Laut EU-Verfassung gilt es als illegal, ärmere europäische Länder zu stützen. Die Rettungsschirme demonstrieren jedoch, dass im Notfall jedes Land der Europäischen Währungsunion Unterstützung erfährt.

Für diesen politischen Wahnsinn und den auch damit zusammen hängenden unternehmerische Risiken müssen – siehe Griechenland – die Ärmsten den Kopf hinhalten. Renten werden gekürzt, Löhne und Mindestlöhne werden gesenkt, Mehrwertsteuern werden erhöht. Alle diese Maßnahmen sind Vorstufen einer Währungsreform.

Der Fall Griechenland ist schon für einen Teil der Menschen der Bundesrepublik eine Art kleine Währungsreform. Sie müssen 40 Prozent im Rahmen einer Umschuldung an Einbußen für griechische Staatsanleihen hinnehmen und nicht nur sie, sondern alle griechischen Bürger sprich Menschen in Griechenland haben Einbußen nicht in direkt zu beziffernder prozentualer Größe ihrer Bezüge hinzunehmen. Und sie müssen diese Einbußen akzeptieren, weil im

---

Rahmen der Umschuldung und der Neubewertung auch Sparmaßnahmen als Voraussetzung für die Kreditgewährung zu realisieren und in Zukunft durchzusetzen sind.

Diese Situation wird sich in allen anderen betroffenen hoch verschuldeten an der Grenze der Zahlungsunfähigkeit stehenden Ländern der Europäischen Währungsunion ergeben müssen. Wie laut die Proteste der Menschen der Länder sein werden, bleibt abzuwarten.

Alle Maßnahmen, auch die im Gespräch befindliche Änderung des Grundgesetzes über eine Schuldenbremse in Deutschland führt dazu, dass sich auch in Deutschland schon Einschnitte ergeben haben.

Die Bundesregierung musste ihre Ausgaben beschränken, notwendige Reformen, wie die Reform der Bundeswehr, die Reform des Bildungssystems u. a. kommen gar nicht erst auf einen Weg, der Haushalt in NRW wurde wegen zu erwartend ausbleibender Erfüllung nicht angenommen. Und diese Auswirkungen sind auch schon beim Lebensstandard der Deutschen festzustellen. Kredite mit Krediten zu finanzieren, beschert einen kurzen Moment des Wachstums der Wirtschaft. Das Geld verliert weiterhin an Kaufkraft, das zeigt sich in den Portemonnaies der Deutschen an jedem Monatsende.

Ein Volk dürfte es kaum interessieren, ob der Euro als Währung an und für sich eine gute Sache ist. Ein Volk interessiert, wie viel es für das Geld kaufen kann, das es verdient. Wie viel es sparen kann, wie lange das Ersparte reichen wird und für welchen Zweck.

Um die am Rande der Zahlungsunfähigkeit stehenden Länder der Europäischen Währungsunion – auch andere europäische Länder außerhalb der Währungsunion wie Großbritannien sind am Rande der Zahlungsunfähigkeit – kann die Gemeinschaft nur hoffen, dass sie genügend Geld für diese Bedürf-



---

nisse aufbringen kann. Und es ist auch eine Frage, wie lange sich ein Volk davon abhalten lässt, Fragen zu stellen und Maßnahmen zu ergreifen.

Da hilft alle Schönfärberei der Politik nichts und auch keine Werbung der Bundesregierung für ihre Arbeit in bundesweit verbreiteten Annoncen (vgl. „Offener Brief“ auf [www.menschenfuerdemo-kratie.de](http://www.menschenfuerdemo-kratie.de)).

### **3.5 Helmut Schmidt – Die Währung ist gut**

In der Wochenzeitschrift ‚Die Zeit‘, vom 5.5.2011, teilt Helmut Schmidt, Altkanzler und Mitherausgeber des Blattes mit, „Wir haben keine Eurokrise sondern eine Krise der Europäischen Union“.

Schmidt beschäftigt sich in seinem Artikel mit dem Aufsatz Jürgen Habermas‘, der sich in der ‚Süddeutschen Zeitung‘ am 07.04.2011 ebenfalls zum Thema Euro geäußert hatte. Schmidt misst Habermas vielerlei zutreffende Kommentare zu, doch in einem Punkt schert der Exkanzler aus: Habermas sprach von einer Euro-Krise. Schmidt sieht diese nicht.

Aber es gibt die Krise, und sie ist eine Krise der Währung und auch eine Krise der Länder. Wie sich beide Pole bedingen, soll hier nicht behandelt werden, aber dass sie sich bedingen, ist offensichtlich.

Auch der streitbare Harvardhistoriker Niall Ferguson sprach ein paar Tage vor Habermas in der amerikanischen Newsweek vom ‚Zerfall der Europäischen Währungsunion‘. Er fragte wer es wirklich sei, der Europa umgebracht habe und gelangte zu dem Schluss: Der deutsche Wähler wäre der Schuldige. Polemischer Unfug, so schreibt Schmidt in der Zeit. Ja, was den Ton angeht, sagt Schmidt und leider auch, was die Nachricht betrifft.

Schmidt sagt, der Euro wäre nach innen wie nach außen stabiler als der amerikanische Dollar, die Inflationsraten sieht der Altkanzler deutlich niedriger, der Währungskurs läge hoch. In den zwölf Jahren seines Bestehens, erklärt

---

Schmidt, wäre der Euro sogar stabiler gewesen als die Deutsche Mark (in ihren letzten zwölf Jahren).

Diese Feststellung von Helmut Schmidt ist irrelevant, aber wenn eine im Verfall befindliche Währung, wie der Dollar, mit einer anderen Währung verglichen wird, dann darf nicht übersehen werden: die Vergleichswährung ist eine Crashwährung und zwar im selben Sinne wie es auch der Euro ist.

Egal, was Schmidt sagt, Fakt ist: In beiden Ländern wird quasi Geld gedruckt und damit die Inflation angeheizt. Beide Währungen werden so geschwächt. Dass von beiden dieser Währungen der Euro noch der stabilere ist, ist sicherlich nicht zu bestreiten, aber die USA waren eben etwas schneller in der Verwirtschaftung als der Euroraum, davon insbesondere Deutschland.

Irland, Griechenland, Spanien, Portugal haben gezeigt, wohin die Reise geht. Sie geht abwärts, in eine Schuldenspirale, wo Kreditfinanzierungen Kredite stützen sollen. Leider erwähnt Helmut Schmidt davon nichts in seinem Artikel. Und dennoch: Im Abwärtstrend der genannten Länder liegt der Trend für die gesamte EU-Währungsunion.

Diese Dinge mit Renommiertheit verschleiern zu wollen, ist nichts anderes als Etikettenschwindel. Misstrauen, wie Schmidt es in seinem Beitrag nennt, würde es schaffen, von einer Eurokrise zu reden. Und dies, so der Altkanzler, wäre nicht nur leichtfertig, sondern auch schädlich. Eine Sichtweise.

Es ist Aufgabe der Presse zu informieren, auch wenn der Inhalt der Nachricht eine Massenhysterie auslösen könnte oder an politischer Stelle ungewollt sein könnte. Es wäre sogar die Aufgabe von Journalisten zu informieren, wenn das Thema den Leser gar nicht interessiert. Journalisten haben die Pflicht, zu informieren, der Leser hat das Recht, zu entscheiden. Hier statuierte die Presse

---

wieder ein Exempel, inwiefern Missinformation zur Massenverdummung beiträgt.

Insofern muss gelten: Misstrauen muss grundsätzlich gegen Politiker bestehen. Und auch gegenüber denen, die der Politik zuarbeiten, um das Wahlvieh bis zum Schlachttag glücklich auf Weiden und in Stallungen zu halten. Ein trügerisches Glück.

Was Helmut Schmidt im Verlauf des Berichtes ausmalt, wie die Situation sein würde, wenn ein Land die europäische Währungsunion verlassen würde und was dann mit dem Euro geschehe, selbst wenn dieses Land Deutschland wäre, das dann eine nationale Währung aufwerten würde, und der damit im Zusammenhang stehenden Arbeitslosigkeit, sind müßige Betrachtungen.

Letzten Endes war es doch so: Alle Länder der europäischen Währungsunion waren vor dem Zusammenschluss verwirtschaftet. Mehr oder minder. Und jedes dieser Länder hat durch die Möglichkeiten, die das neue Geld bot versucht, die Staatsschulden des eigenen Landes zu verschleiern.

Da hilft es wenig, wenn, wie Helmut Schmidt in seinem Bericht hervorhebt, erkannt wird, wie handlungsunfähig der Europäische Rat dasteht und mit ihm, die Ministerräte, des Europäischen Parlamentes in Straßburg und ebenso die 27-köpfige Kommission in Brüssel. Schmidt räumt Fehler ein.

Er spricht von unzureichenden Beschlüssen, die zum Maastrichtvertrag führten und zum Stabilitätspakt, der schon bei seinem Entstehen ein Sieb war. Immerhin das erkennt Helmut Schmidt an und widerspricht sich damit selbst. Entgegen seiner Eingangsbehauptung, muss er nun zugeben, etwas im europäischen Finanzbund war faul und von Beginn der Währungsunion an nicht so kanalisiert, dass die Währung gut sei.

---

Wie kann eine Währung gut sein, die einem ständigen Kaufkraftschwund unterliegt, wenn auch noch geringer als zur Zeit der D-Mark? Es geht doch gerade darum zu sagen, der Euro sei in einer Krise, weil er so gut gestartet war, zumindest aus politischer Sicht. Vielleicht wäre die Krise des Euro heute nicht so tief, hattem sich nicht alle Staaten der Gemeinschaft an ihm gesund stoßen wollen und länger als sonst möglich politisch überleben wollen.

Dem Deutschen bleibt, wie allen Europauern nur, den Gürtel enger zu schnallen. Zumindest solange nicht eine sofortige Währungsreform stattfindet und zwar in jedem der EU-Wahrungsstaaten. Leider halten Politik und offenbar auch Wirtschaft am Euro fest.

Griechenland, ehemals das erste Euro-Pleite-Land der Gemeinschaft, ist auch Vorreiter, auf dem Weg zu Umschuldungsaktionen. Das Land schenkt her, was es eigentlich schon gar nicht mehr hat. Um die Kredite tilgen zu können, die das Land von den Gemeinschaftsstaaten zugesprochen bekam, bleiben auch nach der Senkung des Zinssatzes und der Verlängerung der Deckungsfristen keine Möglichkeiten, Geld zu gewinnen.

Um die Währung zu retten, streicht die Bundesregierung an den Staatsausgaben herum, wie es die Regierungen der EU-Pleite-Länder Griechenland, Portugal, Spanien oder Irland bereits getan haben. Damit meint sie, etwas zu retten, aber Deutschland wird dem Beispiel der Vorgänger folgen müssen.

Würde heute in Deutschland die Währung umgestellt, dann läge die Quote ähnlich wie die der Währungsreform von 1948 bei zehn Prozent (1 D-Mark für 100 Reichsmark). Jeder Tag, der ohne Umstellung verstreicht, trägt zum Wahrungsverfall bei. Schon morgen gälte ein Satz zwischen zehn bis 20 Prozent.

---

Je mehr Maßnahmen, wie zusätzliche Bürgschaften und Garantien oder gar Bareinzahlungen aus aufgenommenen Krediten und Verzinsung dieser Kredite aus zusätzlich aufgenommenen Krediten erfolgen, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Quote sinkt. Die Kaufkraft des Euro in jedem Land der Gemeinschaft sinkt mit jeder neuen Rettungsschirmverpflichtung.

### **3.6 Schuldenbremse und Rettungsschirme**

Im Jahr 2009 nutzte Peer Steinbrück, im Rahmen der Verhandlungen über das Konjunkturpaket, mit dem die damalige Koalition aus SPD und CDU die deutsche Wirtschaft mit 50 Milliarden Euro retten wollte, die Chance, eine Schuldenbremse einzuführen. Damit Bund, Länder und Gemeinden künftig ohne Einnahmen aus Krediten auskommen, sollten sie nur noch Kredite von maximal 0,5 Prozent der Wirtschaftsleistung (also des Bruttoinlandsproduktes, BIP) aufnehmen dürfen. Das waren im Jahr 2009 12,5 Milliarden Euro.

Obwohl die SPD-Linken einen größeren Spielraum (0,75 Prozent) gefordert hatten, beschloss die Föderalismuskommission II, was Steinbrück gefordert hatte und mehr noch, die Änderung sollte im Grundgesetz verankert werden. Die entsprechende Änderung der Artikel 109 und 115 wurde ab dem Jahr 2009 fest geschrieben; im Rahmen einer Übergangsregelung (Art. 143d, Abs. 1 GG) wurde beschlossen, dass für den Bund bis einschließlich des Jahres 2015 und für die Länder bis einschließlich 2019 Abweichungen möglich sind. Hinsichtlich der so genannten ärmeren Bundesländer (Berlin, Saarland, Bremen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein) sollte es über Konsolidierungsmaßnahmen möglich sein, die Schuldenbegrenzung ab dem Jahr 2020 erfüllbar zu machen.

Diese Bestimmungen gestatte Peer Steinbrück mit Blick auf die Wirtschaftskrise. Zur Überwachung der Haushalte (Art. 109a, GG) sollte ein Stabilitätsrat eingesetzt werden, der Notlagen vermeiden soll. Soweit die Theorie.

---

Die Zinszahlungen des Bundes betragen 38 Milliarden Euro, wie in der Presse mitgeteilt wurde; im Jahr 2014 werden diese Ausgaben auf 50 Milliarden Euro ansteigen. Auch das ist eine Art Rechenbeispiel, denn wer weiß, was in vier Jahren sein wird.

Festzuhalten gilt dennoch: Im Jahre 2010 lag das Haushaltsdefizit nicht bei befürchteten 80 Milliarden Euro, sondern nur bei 44 Milliarden Euro. Obwohl diese Zahlen gut klingen: auch die 44 Milliarden Euro waren Schulden, sogar ein Schuldenrekord! Und, obwohl es unsinnig erscheint, ermöglichten diese Zahlen der Bundesregierung beste Aussichten auf den Haushalt 2011, da sich ebenjene Zahlen im entsprechenden Haushaltsentwurf noch gar nicht nieder schlagen.

Die Bundesregierung legte für den Haushalt 2011 48,4 Milliarden neue Schulden fest, obwohl sich die wirtschaftliche Lage gebessert hat. Und da dieser Trick der vorausberechneten Mehrbelastung, die später gar nicht eintritt, immer funktioniert, werden die Berechnungen für die Schuldenbremse kaum auf vernünftigem Fundament stehen.

Dies ist nicht im Sinne der Schuldenbremse, die ja auf Schritt-für-Schritt-Senkungen basiert. Da die Konsolidierung des Haushalts 2011 nicht entsprechend erfolgte, wird das System Schuldenbremse nicht funktionieren und da ist es egal, ob die Bundesregierung im Zusammenhang mit den Verhandlungen im Vermittlungsausschuss zur Hartz-IV-Reform überlegt hatte, den Kommunen ab 2012 die Kosten der Grundsicherung im Alter aufzuerlegen.

Der jährliche implizite Schuldenanstieg der Sozialversicherungen, der Beamtenversorgung und dergleichen tauchen in den Berechnungen für die Schul-

---

denbremse gar nicht auf. Die Schulden aus diesem Gemauschel treffen die Steuerzahler; der sozialen Marktwirtschaft ist nicht Rechnung getragen.

Die Schuldenbremse und deren Verankerung im Grundgesetz muss auf diese Weise lächerlich werden. Die Politik verdeckt mit einem schönen Namen das eigene Versagen. Mit dem Aushängeschild ‚Schuldenbremse‘ werden kaum mehr und mehr Schulden für Schulden, die aus Kredit finanzierter Volkswirtschaft stammen, eingedämmt.

Mit dem Eingehen subsidiärer Haftung der deutschen Steuerzahler für Garantien und Bürgschaften in Form der Euro-Rettungsschirme und der dadurch auch für Deutschland bedingten hohen Anteile an diesen, wird die Schuldenbremse fast hinfällig. Eine Maßregelung ist überfällig durch die Strafbarkeit bei Überschreitung der Grenzen im Stabilitätspakt im Rahmen des Maastrichtvertrages für die Länder der Europäischen Währungsunion.

### **3.7 Der Bundesrechnungshof und die Rettungsschirme**

Aus der Presse entstammt eine Notiz aus dem April des Jahres, dass der Bundesrechnungshof den Bundestag ausdrücklich auffordere, sich bei der Finanzierung des künftigen Euro-Rettungsschirmes die Kontrolle über den deutschen Anteil in Höhe von Milliardenzahlungen zu sichern. Diese Meldung ist insofern mehr als erstaunlich, als dass es doch eine Selbstverständlichkeit für das deutsche Parlament, sprich alle deutschen Abgeordneten des deutschen Bundestages, sein muss, nicht blanko oder ohne parlamentarischen Beschluss im Rahmen ihrer Richtlinienkompetenz, die Bundeskanzlerin oder ihren Bundesfinanzminister als Erfüllungsgehilfen Beträge einfach verteilen zu lassen, ohne den Grund oder den Rahmen der Ausgabe zu kennen. Immerhin spielen die Damen und Herren in Berlin mit Staatsgeldern und dies nicht zu knapp.

---

Die Ziffernfolgen, die Summen sind, entziehen sich jedweder Vorstellungskraft. Pauschale Ermächtigungen für Zahlungen sind dergestalt besonders unberechtigt. Deutschlands finanzielle Situation ist zu angespannt, um Liebhabereien zu verkraften. Das meint auch der Bundesrechnungshof.

Ermächtigungen dem Grunde und der Höhe nach müssen vom Bundestag beschlossen werden. Zudem sollte eine Obergrenze für deutsche Beteiligungen an Rettungsschirmen festgelegt werden; das Parlament muss im Einzelnen auch über deutsche Rettungsschirmanteile an andere Länder beschließen.

Zur geplanten grundgesetzlichen Änderung bezüglich einer Schuldenbremse, muss befürchtet werden, dass diese genau so umgangen wird, auch wenn sie in der Verfassung verankert ist, wie Teile des Maastrichtvertrages von 1991/92 bezüglich der Grenzüberschreitungen im Stabilitätspakt.

Der Krisenfonds 2013, für den zwar eine mehrheitliche Zustimmung erforderlich ist, macht unlimitierte Rettungsschirme möglich, denn es ist klar, im Hinblick auf den von allen Regierungen gewünschten Machterhalt, die mehrheitliche Zustimmung der europäischen Währungsunionenländer, ist auch bei jeder künftigen Aufstockung gewährleistet. Die Verdummung der Menschen in einer parlamentarischen Demokratie treibt somit unlimitierte Blüten.

Sie muss gebremst werden, die Menschen brauchen ihre eigene Verschuldungsbremse, ihre eigene quasi Bremse für die Misswirtschaft von Politikern. Das kann nur durch Volksentscheide passieren und zur Generalbereinigung eine unverzügliche Währungsreform zumindest für Deutschland, auch wenn Deutschland noch am besten von allen europäischen Pleiteländern da steht.

### **3.8 Rettungsschirme und Umlageverfahren**

Mit der Währungsreform von 1948 (hier nur die Westzonen berücksichtigt) erfolgte auch ein Umlageverfahren in den gesetzlichen Sozialsystemen. Dabei



---

wurde auf die Errichtung eines finanzierten Sozialsystems im Anwartschaftsdeckungs- sprich Kapitaldeckungsverfahren verzichtet, das darauf beruht, die Sozialleistungen eines jeden Jahres langfristig aus den Beiträgen der noch aktiven Bevölkerung zu bestreiten und damit eine Anfinanzierung für den auf zurück liegende Beitragsjahre entfallenden Anwartschaft - bzw. Anspruchsbeitrag erfordert.

Da die in den Sozialgesetzbüchern verbrieften Leistungen jedoch wesentlich höher ausfallen als diese Beiträge der noch aktiven Arbeitnehmer in Deutschland abdecken könnten, müssen die nicht gedeckten Teile, insbesondere Rentenleistungen der deutschen Rentenversicherung, über erhebliche Bundeszuschüsse aufgestockt werden, um Fehlbeträge der Sozialversicherung und auch in der völlig beitrags- und rücklagenlosen Beamtenversorgung auszugleichen (Ausnahme davon nur in einem Landeshaushalt, das ist Rheinland-Pfalz). Es sind Fehlbeträge in Billionenhöhe entstanden, die mit steigenden jährlichen Bundeszuschüssen ausgeglichen werden müssen.

Parallel zu diesen Betrachtungen kann auch das Umlageverfahren angesehen werden, das allgemein unter dem Begriff ‚Rettungsschirm‘ grassiert. Zu den bereits bestimmten Garantien und Bürgschaften in Höhe von etwa 168 Milliarden Euro, die den Steuerzahler ab 2013 zusätzlich (über Generationen hin) belasten werden, liegt Deutschlands Bareinlage in den Rettungsschirm 2013 nochmals bei 22 Milliarden, die über Kredite finanziert werden müssen. Zu diesen kommen, bei einem angenommenen Zinssatz von fünf Prozent, 91,6 Millionen Euro (nach der gesamten in Raten erfolgenden Bareinzahlung) an Zinsen, die der deutsche Steuerzahler zu tragen hat. Das sind 1,1 Milliarden Euro jährlich, für die wiederum Kredite aufgenommen werden müssen. Damit beträgt der gesamte deutsche Anteil an allen Rettungsschirmen etwa 690 Milliarden Euro, wenn über die letzten bisher noch nicht ratifizierten 190 Milliarden Euro entschieden wurde.

---

Diese riskante Politik schafft die größte Kaufkraftminderung deutscher Geschichte. Die politische Behauptung, alles geschehe zum Schutz des Euro, stimmt nur dem Grunde nach.

Wenn der Euro crasht, wird er seine Kaufkraft ganz verlieren. Jede weitere Zahlung, die der Staat, egal zu welchem Zweck gewährt, ist in diesem Zusammenhang nichts anderes als ein Reaktor; jeder Euro ist dann ein Brennstab, der das monetäre Gefüge zum Schmelzen bringt.

Anders als das Restrisiko einer Technik, ist das Risiko einer derartigen Finanzpolitik offensichtlich. Deutschlands Kassen sind leer. Erstaunlich bleibt, dass Frau Merkel, die Führerin eines tief verschuldeten Landes, jüngst Führerin der neuen Wirtschaftsregierung der europäischen Währungsunion geworden ist; einer Gemeinschaft, in der verschuldete Länder verschuldet werden.

*Menschen für Demokratie* werden anwaltschaftlich prüfen, inwieweit, gerichtlich gegen diese Art monetäres Risiko vorgegangen werden kann.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) veröffentlichte in seinem Gutachten ,06/17 - [Landesgutachten für Deutschland](#)' vom Januar 2006, dass Deutschland um mindestens 8,5 Billionen Euro verschuldet ist.

Die dargestellte Lücke gegenüber den verbrieften Rechten dürfte fortgeschrieben auf das Jahr 2011 mindestens über zehn Billionen Euro betragen. Das ist ein Betrag, der annähernd dem Betrag aller expliziten (Fremd)-Schulden der 17 europäischen Länder innerhalb der Europäischen Währungsunion entspricht (9,8 Billionen Euro).

Dieser Schuldenstand berücksichtigt jedoch nicht die durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) ermittelten impliziten Schulden in den Sozialsystemen aller dieser Länder.

---

Ausgehend von derzeit etwa über acht Billionen Euro (unterstellt für 2011) impliziten Schulden Deutschlands und unter Berücksichtigung der Tatsachen, dass Deutschland mit der Überschreitung der Gesamtverschuldungsgrenzen, nur mit expliziten Schulden schon bei etwa 2,1 Billionen Euro liegt (ohne deutsche Rettungsschirmanteile von 690 Milliarden Euro), im Stabilitätspakt von 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes in Höhe von 40 Prozent dieser Grenze ansteigend auf im Jahre 2010 rund 83,3 Prozent noch recht günstig liegt, Frankreich, z. B. schon bei 88 Prozent und Italien bei annähernd 120 Prozent, Irland sogar vor Gewährung von Rettungsschirmanteilen durch IWF und die Länder der Europäischen Währungsunion bei 230 Prozent nur der jeweils expliziten Schulden, kann ermessen werden, inwieweit die finanziellen Verhältnisse der Währungsunion gekippt sind. Die stetige Einzahlung in Rettungsschirme, das stetige Spannen neuer Rettungsschirme, wird die Länder der Europäischen Währungsunion über viele Generationen hinweg noch tiefer verschulden. Von Rettungsschirmen kann mitnichten die Rede sein.

[Implizite und explizite Schulden stellen die Gesamtschulden, nach IWF-Gutachten dar, diejenigen aller 27 EU-Länder entsprechen denen der USA. (Laut US-Finanzminister sind die USA ab 8/11 zahlungsunfähig, wenn der Kongress keine weitere Schuldaufnahme gestattet.)]

### **3.9 Betrug an Rentnern und Unterstützungsempfängern**

Die Kosten einer Altersversorgung müssen konstant sein (von Verwaltungskosten mal abgesehen). Eine Altersvorsorge kann nicht billig oder teuer verkauft werden, denn die Versicherungspflichtigen bringen die erforderlichen Mittel durch Beiträge über viele Jahre hinweg auf.

Eine fundierte Vorsorge verlangt ein langfristiges und planmäßiges Finanzierungsverfahren. Der Preis einer sich tragenden Altersversorgung lässt sich aufgrund der Sterbens-, Invalidisierungs- und Witwenwahrscheinlichkeiten so

---

errechnen, dass die an der Versorgung der Beteiligten Gegenwart und Zukunft übersehen können.

Eine Versicherung muss technisch ausreichende Reserve schaffen, ist in der Lage freie Vertragsverhältnisse zu schließen und beschneidet nicht die Möglichkeiten des Einzelnen. Um ein solches Verfahren zu schaffen, das ohne Umlagen auskommt, sind Berechnungen eines Wirtschaftsmathematikers vonnöten.

Diese Berechnungen setzen aber voraus, dass die tatsächlich zu erwartende Rentnerzahl für Invaliden und Witwen angenommen wird, was aber bei den Berechnungen für die Deutsche Rentenversicherung und Versorgungsanstalten für die gesetzliche Altersversorgung, auch die im Umlageverfahren der arbeitenden berufsständischen Berufskassen und Versorgungswerke bzw. Versorgungsanstalten nicht der Fall ist.

Mittels diesen Prinzips wurden seit Bestehen des Landes (hier nur BRD, 1949 bis 1990) höhere Beträge ausbezahlt, als eigentlich eingezahlt wurden. Kriegsfolgeschäden und Währungsschäden legte der Staat auf diese Weise schon mit seiner Gründung auf künftige Generationen um.

Ein versicherungsmathematisch fundiertes Beitrags- und Leistungssystem hätte seit 1953 eingeführt werden müssen und mit zunehmender Schuldenlast umgestellt werden müssen. Doch wie geschehen, ist für den Staat, der die fehlenden Beiträge ersetzt, ein Defizit entstanden, das nicht mehr ausgeglichen werden kann. Davor warnte das eigene Fachministerium – Bundeswirtschaftsministerium – unter dem Wirtschaftswunderwirtschaftsminister Ludwig Erhard eindringlich. Den Regierungen ab dieser Zeit bis heute brachte dieses Vorgehen Schulden von acht bis neun Billionen Euro ein (inklusive der Beamtenversorgung und gesetzlicher Krankenversicherung).

Dieses Defizit hätte nur durch eine versicherungsmathematisch-technische Lösung vermieden werden können: das Anwartschaftsdeckungsverfahren. Dies

---

würde das auch die bei der Umlage bzw. bei dem so genannten Verteilungsverfahren unlösbare Frage des Ausscheidens während der Vertragsdauer auf einfache Weise gelöst haben.

Sofern nicht die auf freiem Vertragsverhältnis beruhende und freie Entscheidung über die Vertragsgestaltung zulassende Individualversicherung bei einem bestehenden Versicherungsunternehmen in Anspruch genommen werden sollte, hätten beispielsweise für die berufsständische Versorgung Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit erwogen werden können, um Berufsangehörigen nach einem planmäßigen Finanzierungsverfahren auf freiwilliger Grundlage eine Alters- und Hinterbliebenenrente mit Rechtsanspruch zu bieten.

Nach 60 Jahren ist durch die Umlageverfahren ein offensichtlicher Betrug an fast 30 Millionen Menschen entstanden, das sind immerhin fast 40 Prozent aller Deutschen. Wenn nun durch eine ungezügelter Verschuldungswirtschaft der Politik ein Schuldenschnitt, egal in welcher Form die Kaufkraft des Euro drastisch senkt, wird dies im Augenblick vor allem die wenigen Aktiven treffen, deren Lebensstandard ohnehin nicht sonderlich hoch ist und insbesondere Rentner und Unterstützungsempfänger.

#### **4 Finanzpolitik und Staatsschulden**

Deutschland hatte im Jahre 2006 (laut eines Gutachtens des Internationalen Währungsfonds, IWF) 8,5 Billionen Euro Schulden. Diese Zahl wurde durch ein weiteres Gutachten des Instituts für soziale Marktforschung (Freiburg), das von Herrn Professor Bernd Raffelhüschen, repräsentiert wird, auf 7,2 Billionen Euro festgesetzt. Es ist zum einen fraglich, warum beide Untersuchungen zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen, zum anderen erscheint die Differenz zwischen IWF-Gutachten und Gutachten des Instituts für soziale Marktwirtschaft unbeachtlich, weil es nur darum gehen kann, die Größenordnung des

---

Schuldenberges überhaupt festzulegen. Im Jahr 2011 kann getrost von über zehn Billionen Schulden ausgegangen werden.

Ausgehend von der derzeitigen Gesamteinwohnerzahl Deutschlands (82,1 Millionen, lt. Statistischem Bundesamt), ist eine pro Kopf Verschuldung nicht, wie in der Presse immer wieder publiziert, zwischen 21 und 22 Tausend Euro zu verzeichnen, sondern liegt, wenn auch die impliziten Schulden berücksichtigt werden, zwischen 120 Tausend Euro. Jedes Neugeborene kommt demnach mit einer Schuldenlast von über 120 Tausend Euro auf die Welt.

Schon aus der Sicht von 2006 betrug damit die Gesamtverschuldung gemessen am BIP (Brutto-Inlandssozial-Produkt) über 350 Prozent mit Richtung 400 Prozent gegenüber der im Stabilitätspakt erlaubten 60 Prozent Gesamtverschuldung. Diese Angaben beziehen sich allein auf die expliziten Schulden.

Aus wirtschaftsorientierter Sicht erscheint dies ausgesprochen problematisch, denn würde Deutschland wie ein Industrieunternehmen betrachtet, dann würde bei einem Verkauf des Landes, wie beim Verkauf eines Industrieunternehmens auch, die implizite Verschuldung in den Sozialsystemen, ebenso wie die expliziten Schulden des zu übernehmenden Unternehmens kaufpreismindernd berücksichtigt werden. Deutschland – noch als Wirtschaftslokomotive in Europa bezeichnet – bringt es auf eine nicht mehr erlaubte Gesamtverschuldung von 83,3 Prozent (nur explizit) und wäre als Wirtschaftslokomotive allenfalls Schrott. Die impliziten Schulden fast um das vierfache so hoch, wie die expliziten.

Es gibt keinerlei Strafbestimmung für die Überschreitungen der Grenzen im Stabilitätspakt für jährliche Neuverschuldung von drei Prozent; keine Strafbestimmung für die Überschreitung der im Stabilitätspakt vorgeschriebenen Be-

---

grenzung der Gesamtverschuldung von 60 Prozent. Es ist fraglich, warum implizite Schulden überhaupt unberücksichtigt gelassen werden?

Alle bisher zugesagten Rettungsschirme, die sich wieder und wieder als Ersatz Kredit finanzierter Kredite reproduzieren und die Staatskasse ausbluten, führen zu mehr Schulden.

#### **4.1 Schuldenanstieg unter deutschen Kanzlern**

Die Schulden Ende der 1960er Jahre betragen, bezogen auf das Bruttosozialprodukt, 20 Prozent. 1970 waren es 30 Prozent, 1986 schon über 40 Prozent und 1996 waren es 60,5 Prozent – Ende 2010 lag der Betrag bei 83,3 Prozent.

Somit lässt sich feststellen: Es gibt eine doppelte Kumulierung der Schulden aus der nominellen Steigerung der Schulden in Bezug auf ein laufend sich veränderndes jährliches Bruttosozialprodukt. Wäre schon die Ende der 60er Jahre erreichte prozentuale Gesamtschuldenquote bezogen auf das Bruttosozialprodukt unverändert geblieben, dann hätte sich eine nominelle Steigerung der sich aus dem Satz von 20 Prozent ergebenden nominellen Gesamtschulden auch ab Beginn der 70er Jahre für die Zukunft ergeben, weil das Bruttosozialprodukt nominell jedes Jahr etwas ansteigt, sodass bei gleich bleibendem Schuldensatz in Prozenten der nominelle Schuldenbetrag angewachsen wäre. Das wäre eine Art Normalzustand.

Nicht normal ist es jedoch, dass sich der Satz innerhalb von 50 Jahren von 20 auf 83 Prozent steigerte, sich also mehr als vervierfachte. Die Politik hatte hier offenbar wenig Interesse am ausgeglichenen Staatshaushalt und das Prinzip, immer mehr ausgegeben, als der Staat einnimmt, wurde mehr als überstrapaziert. Jede Hausfrau hätte besser gewirtschaftet als alle Bundeskanzler, inklusive aller Bundesbankpräsidenten.

---

Das Schuldenporträt des Landes von 1950 bis 2009 zeigt vor allem einen Anstieg der Schulden im Verhältnis zu den Wachstumszahlen; letztere sind anteilig nur durch Kreditfinanzierung zustande gekommen. Die Schuldenraten liegen immer über den Wirtschaftswachstumsraten.

Schuldenkönig ist, obwohl studierter Volkswirtschaftler, Helmut Schmidt, gefolgt vom promovierten Historiker, Helmut Kohl (im Vergleich aller Verwirschaftung spielen die Kosten der Wiedervereinigung nur eine kleine Rolle). Schmidt und auch Kohl müssen sich – bei aller politischen Souveränität – vorwerfen lassen, anteilig für die Verwirschaftung des Landes verantwortlich zu sein. SPD-Regierungen schneiden nicht schlechter ab als CDU-Regierungen, was den Vergleich von Schulden und Wirtschaftswachstumsraten (jährlich) angeht. Frau Dr. Merkel schlägt im Vergleich zu ihren Vorgängern nur deshalb so gut zu Buche, weil es keine aktuellen Zahlen gibt, und weil auch subsidiäre Haftung für aufschiebend bedingte Schulden aus Garantien und Bürgschaftsverpflichtungen über Rettungsschirmanteile statistisch in der jährlichen Schuldenratenermittlung nicht erfasst werden, bevor sie sich realisieren. Diese subsidiäre Haftung ist bei der prekären Situation der Europäischen Währungsunion zu beachten. Wird sie eines Tages realisiert und auch veröffentlicht, wird Frau Dr. Angela Merkel in ungemein negativer Weise vor dem Deutschen Volk stehen, eigentlich schon jetzt. Nur die Verpackung trickst wieder.

Beim Antritt des Amtes hätte sie auf die fatale Situation des Euro aufmerksam machen können. Sie hätte es sogar als Aufgabe ansehen können, Deutschland vom Euro zu befreien, statt dessen hat sie mitgespielt und zockt für ihre Partei um Regierungszeit – auf Kosten der Menschen in Deutschland.



---

## 4.2 Bundes- und Landeshaushalte nebst Nachträgen

Ein anschauliches Beispiel ist die Haushaltssituation des Landes NRW (für das Jahr 2010). Die Diskussion um diesen Haushalt zeigt, wie in Deutschland im Moment gewirtschaftet wird bzw. gewirtschaftet werden muss.

Der dem nordrhein-westfälischen Landtag vorgelegte Haushaltsentwurf für das Jahr 2010 lief auf eine übermäßige Verschuldung hinaus, aber er wurde beschlossen. Am 16.12.2010 folgte diesem beschlossenen Haushaltsentwurf der Beschluss eines Nachtragshaushaltes für das Land NRW im Landtag. Dieser sah eine weitere außerordentliche Verschuldung vor, aber keine, wie sie im Grundgesetz vorgeschrieben ist, entsprechend anteilige Investition.

CDU und FDP als Oppositionsparteien im Landtag NRW stellten beim Landesverfassungsgericht in Münster den Antrag, diesen Nachtragshaushalt zu untersagen. Das Landesverfassungsgericht Münster entsprach diesem Antrag mit der Begründung: Eine Deckung des Haushalts im grundgesetzlichen Sinne ist nicht gegeben. Zudem rügte das Landesverfassungsgericht die ungebotene außerordentliche Verschuldung. Für den Haushaltsentwurf 2011 ist in NRW ein entsprechender Antrag in Münster eingereicht worden.

Dieses beachtliche Urteil müsste sinngemäß für die Haushalte der Bundesländer gelten und auch je nach Situation für den Bundeshaushalt.

*Menschen für Demo-kratie* haben es sich zur Aufgabe gemacht, diesen Aspekt rechtlich betreffend anderer Haushalte ins Auge zu fassen und gegebenenfalls dagegen vorzugehen. Es wird sich zeigen, ob CDU und FDP dieses für NRW veranlasste Urteil auch gegen die Koalitionsregierungspartei in Berlin gelten lassen werden müssen. Auf unserer Internetseite wird berichtet!

---

## 5 Visionen von Politikern

### 5.1 Schmidt-Vision

„Wenn man ganz genau hinschaut, dann sieht man, dass die politischen Journalisten eigentlich mehr zur politischen Klasse gehören und weniger zum Journalismus.“ Das sagte der ehemals 5. Kanzler Deutschlands Helmut Schmidt 2010 in einer Beilage seines Hausblattes „Die Zeit“.

Als ehemaliger Politiker schrieb er in diesem Sinne oftmals unterhaltsam, oftmals lehrreich, oftmals aussagekräftig und manchmal entgleiste er auch, wie in dem Artikel über die angeblich nicht vorhandene Euro-Krise.

Es mag sein, dass es einem Mann, der, neben vielen anderen Verdiensten, zu dem Verdienst gelangte, ein Wegbereiter der gemeinsamen europäischen Währung zu sein, indem er in den 70er Jahren, um den willkürlichen Kursauschlägen des Dollar die Stirn zu bieten, ein System fester Wechselkurse zwischen den europäischen Währungen entwickelte, schwer fallen muss, eine Idee als gescheitert anzuerkennen, dennoch ist dem so. Und damit ist diese, sofern diese Idee überhaupt eine Vision war, vom Tisch. Leider jedoch nicht die Staatsschulden, die nach der Regierung Schmidt, die Regierung, die die meisten Staatsschulden hinterließ, nunmehr aufgerüscht als Euro daher kommen.

Ansonsten in seinem Schaffen eine Vision entdecken zu wollen, wird nun schwierig, schließlich sagte der Altkanzler, um seinen Vorgänger Willy Brandt zu ärgern: „Wer Visionen hat, sollte lieber gleich zum Arzt gehen.“

Nun mögen in einem so langen Leben, wie Herr Schmidt aus Hamburg es führt, unzählige Zitate zusammen kommen, dennoch sind diese beiden angeführten die, die *Menschen für Demo-kratie* dazu veranlasste, doch an eine Vi-

---

sion des Altkanzlers zu glauben, denn mit dem Altkanzler verbindet *Men-schen für Demo-kratie* vor allem das Bild der dienenden Politik; für Schmidt galt: Ein guter Politiker steht für seine Handlungen ein. Er sah sich als Staatsdiener und damit ist sein Gedanke und sein Handeln zum Modell geworden. Ein Modell, das keiner seiner Nachfolger (und auch nicht die Nachfolgerin) nur annähernd zu erfüllen vermochte, wenn von seiner besonderen Mitwirkung an der Verschuldung und damit Verwirtschaftung Deutschlands abgesehen wird. Was schwer fällt.

## 5.2 Kohl-Vision

Helmut Kohl hatte sich als junger Politiker sehr viel ins Erwartungstörtchen gebacken. Ein Mann wie er musste davon träumen, die Natur gegebene Größe mit Bedeutung zu schmücken. Kaum im Kanzleramt eingezogen, muss er sich vorgenommen haben, die Zwerge aus dem Vorgarten des Bonner Regierungssitzes neu zu verteilen, neu zu lackieren und zu dirigieren.

Das Amt erforderte Spagate, das war für jeden Kanzler so, für einen Mann wie Kohl keine Sache. Eine Organisation der Übersicht. Die Parteiflügel galt es zusammenzuhalten, die Verbände, die sich chronisch nicht genügend beachtet fühlen, die Koalitionspartner, die immer nur haben, haben, haben wollen, die Industrievertreter, die niemals geben und die Wähler, ja, die Wähler, die überzeugt bleiben müssen und die Nicht-Wähler, die überzeugt werden sollten. Den Akt des Regierens als Möglichkeit feil bieten, und Raumgewinne mit schweren Geschützen bewachen und immer wieder predigen: Alles seie, wäre, würde gut.

Es wäre müßig, darüber zu spekulieren, wie Kohl punkten wollte, um zu Bedeutung zu gelangen; es gab Ausrutscher; Peinliches, Erschreckendes und es gab Zauberhaftes.

---

Geblieden sind Fragen: Der Partei zu dienen und auch dem Staat zu dienen, ist schwierig. Wenn Journalisten immer nur ‚Tölpelhaftes‘ entdecken wollten, die Welt von Kohl entgeistert war, Wirtschaftsfachleute ihm einen ungesunden Umgang mit den Staatsfinanzen vorwarfen, Historiker die Verdienste klein schrieben, muss dem Pfälzer gar nichts anderes übrig geblieben sein, als selbst zur Feder zu greifen (wir glauben jetzt mal, es wäre so gewesen). So schrieb er eben in seine „Erinnerungen“, wie viel Verantwortungsvolles er leistete, allen Spöttern zum Trotz – und diesen Glauben kann ihm niemand nehmen.

Gleich unter dem Titel „Erinnerungen 1982 bis 1990“ sind die Kohl’schen Spitzenleistungen versammelt: „Der Kanzler über den Kampf um den NATO-Doppelbeschluss, die wirtschaftliche und soziale Erneuerung der Bundesrepublik, den steinigen Weg zum einigen Europa, das hart errungene Ende des Ost-West-Konflikts, die Öffnung der Mauer, die Hintergründe der Wiedervereinigung Deutschlands.“ Was ist dem noch hinzuzufügen?

Vielleicht der Gedanke, dass Kohl nur eine Vision hatte: Er wollte als Adenauerzögling so lange am Ruder ausharren, wie der Ziehvater es vorgemacht hatte. Und er schaffte es. Alles andere waren Blumen am Rande eines Lebens. Immerhin, er hat sie gepflückt. Oder er kannte jemanden, der sie für ihn pflückte.

### **5.3 Merkel-Vision**

Dass Politiker nicht unbedingt immer gut für das Land sind, das sie beherrschen, zeigt sich am Beispiel der Angela Merkel. Die einen würden sagen; sie ist nur ein Mädchen, was soll das schon erreichen; die anderen sagen: sie wird die entscheidende Wende bringen.

---

Die Frage ist nun: Was wäre eine Wende. Der Euro wird crashen, die Atomlobby ist solange vergrätzt, wie der Atommüll in Gorleben strahlen wird und so wirkliche Aufgaben stehen gar nicht an. Und nun noch das Aus für die Reaktoren in 2022. Bei rauer See hilft auf den Planken liegen und in den Himmel gucken, damit einem nicht übel wird. Ausliegen ist die Parole.

Das Dumme ist nur, auch Angela Merkel wird als Staatschefin irgendwann einmal zu Bedeutung gelangen müssen, will sie in den Geschichtsbüchern nicht nur als Beweis dafür enden, dass Frauen eben für die obersten Führungspositionen doch nicht ausreichen. Das wäre hämisch und würde die frauenpolitischen Errungenschaften der letzten Jahre schwer ankratzen. Also, woher soll die historische Leistung kommen?

Es gäbe Möglichkeiten: kühne Pläne. Da wären zunächst die Staatsschulden, die Versprechen, Garantien und Bürgschaften, die ewigen Zugeständnisse an die Europäischen Bündnispartner. Die Schulden könnten mit dem Ausstieg aus der Europäischen Währungsunion zumindest geschmälert werden, die Zugeständnisse würden augenblicklich weniger. Dann müsste der Euro weg, es gäbe wieder die Deutsche Mark. Die deutsche Wirtschaft läge am Boden, erholte sich aber wieder und, da seit Ende der Regierung ‚Kohl‘ jeder weiß, dass die fetten Jahre vorbei sind, schnallen die Deutschen die Gürtel bestimmt enger. Es wäre Chaos oder eben ein geordnetes Chaos, das eine ordnende Hand braucht. Da blieben Merkel Gestaltungsmöglichkeiten. Und flexibel ist sie ja; denn ihre Vorgänger und sie selbst haben genügend Chaos inszeniert, um Neues für einen Beginn rechtfertigen zu können und zu müssen.

Oder sie wird eine gute Außenministerin – das sie das kann, hat sie längst bewiesen.

Oder sie führt die direkte Demokratie ein. Allein sie kommt dafür in Frage: Eine Frau, die unter den Bedingungen eines Unrechtsstaates hat aufwachsen

---

müssen (die Eltern hatten die Angela ja aus dem freiheitlichen Westen in den unrichtigen Osten verschleppt.) muss ein sehr starkes Verlangen haben, nun endlich Recht zu schaffen. Und auf diese Weise vorzugehen wäre, ganz nebenbei, noch sehr amerikanisch – Yes, Angela can do!

Manchmal ist ein großes Verdienst, ein Wegbereiter zu sein.

#### 5.4 Seehofer-Vision

Es ist manchmal schwierig, kein Bundeskanzler zu sein. Horst Seehofer zumindest hat gute Chancen, das zu verpassen. Seine Vision von einer Revolution, die er am Stammtisch des Münchner Hofbräuhauses in die Welt rief, hätte von jemandem gehört werden können.

Natürlich war das Ganze nicht ernst gemeint und wenn doch, so könnte er damit seiner Kanzlerin, der leider Herrscherin des größeren Landes, aus Sicht eines Bayern, einen roten Teppich ins Geschichtsbuch ausgerollt haben.

Anders als seine Chefin hat er den Trend erkannt oder sagt zumindest das, was Angela Merkels Amt von Amtswegen nicht so zulässt: *„Der politische Auftrag unserer Zeit lautet: Auf die Bevölkerung hören, Dienst leistend für die Menschen – nicht Macht ausüben. Wenn sich die Dinge änderten, müsste auch der Politiker seinen Standpunkt überdenken.“*

Revolutionär! Dienen, nicht mehr herrschen. Das allein ist direkte Demokratie.

Diesen Gedanken auszubauen wäre eine gute Aufgabe vor der Sommerpause. *Menschen für Demokratie* danken einem wirklichen Vordenker für seine Arbeit!

---

## 6 Amtseide, Amtspflichtverletzungen – Strafbarkeit

Nach jedem Regierungswechsel, jedem Ende einer Legislaturperiode bleiben dem Steuerzahler Kollateralschäden in Form von Abgaben, Gesetzen oder politischen Entscheidungen, die sich künftig als unsinnig erweisen.

Nun sind Politiker keine Hellseher, aber da die meisten von ihnen im Interesse ihrer Partei handeln, werden aufgrund machtpolitischer Zwänge oftmals Beschlüsse gefasst, die kein Experte zu keiner Zeit gefasst hätte; da wäre es gerecht, Politiker für derartige Fehlritte, haftbar zu machen.

Politiker haben ein politisches Amt (Regierungsamt, etwa Minister oder ein parteipolitisches Amt, etwa Parteivorsitzender) oder ein politisches Mandat inne (Abgeordnete in den Gremien der Legislative bzw. Exekutive). *Menschen für Demo-kratie* meinen, die Trennung von Amt und Mandat ist längst überfällig.

Der Bundespräsident (Art. 64 GG), der Bundeskanzler und alle Bundesminister (Art. 56 GG) leisten bei Amtseintritt den Amtseid. Der Bundespräsident leistet den Amtseid auf einer gemeinsamen Sitzung von Bundestag und Bundesrat; der Bundeskanzler und die Bundesminister leisten den Eid vor den Mitgliedern des Bundestages. Der Amtseid ist im Grundgesetz fest geschrieben und besagt:

*„Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“*

[Die religiöse Beteuerung kann geleistet werden muss aber nicht. (Art. 56 Satz 2 GG)]

Laut Aussage des ehemaligen Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse hat der Amtseid jedoch keine rechtliche Bedeutung: (vgl.

---

Maunz/Dürig/Herzog/Scholz, Kommentar zum Grundgesetz, Art. 56 Randnummern 4 und 10):

*„Schon nach dem Text des Art. 56, aber auch nach der einfachgesetzlichen Regelung, die diese Frage im Gesetz über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung gefunden hat, hängt der Beginn der Amtszeit bzw. der Amtsbefugnisse des Bundespräsidenten nicht von der Eidesleistung ab. Art. 56 verlangt lediglich, dass diese in nahem zeitlichem Zusammenhang mit dem Amtsantritt stattzufinden hat. Mehr ergibt sich aus der Vorschrift nicht. Wie sämtliche Amtseide, die im deutschen öffentlichen Recht vorgesehen sind, ist auch der Amtseid des Bundespräsidenten in keiner denkbaren Beziehung strafbewehrt, etwa in dem Sinne, dass eine flagrante Verletzung der im Eid übernommenen Verpflichtungen strafrechtlich als Meineid o. Ä. gewertet würde.“*

Und weiter:

*„Kein Bundespräsident (und übrigens auch kein Bundeskanzler und kein Bundesminister) wird so zynisch und so machtbesessen sein, dass es ihm im Augenblick des Amtsantritts ausschließlich um die Macht, das Ansehen oder die persönlichen Vorteile geht, die mit dem anzutretenden Amt verbunden sind. Immer wird es ihnen darum gehen, „etwas zu bewirken“, d. h. Vorstellungen zu verwirklichen, die eng mit ihren politischen und ethischen Grundpositionen zusammenhängen, gleichgültig wie diese im einzelnen aussehen mögen und aus welchen geistigen Quellen sie sich speisen mögen. Auf diese Grundpositionen, die für den einzelnen u. U. wesentlich höher stehen und wesentlich verbindlicher sein mögen als irgendeine Rechtsvorschrift (und sei es die Verfassung), verpflichtet sich der neue Amtsträger vor der Öffentlichkeit zusätzlich, und wenn er sie halbwegs ernst nimmt, erwächst für ihn daraus ein Bün-*



---

*del zusätzlicher – eben außerrechtlicher – Motive, das Amt so zu führen, wie es der Verfassung und vor allem seinen verfassungsrechtlichen Möglichkeiten und Grenzen entspricht.“*

Aus diesem Diskurs lässt sich schließen, wie die Amtspflicht eines Beamten, also die Pflicht, die der Beamte erhält, indem er das Amt ausübt, einzuschätzen ist. Eine Strafverfolgung ist kaum möglich, zudem Politiker Immunität genießen und die meisten ihrer Entscheidungen unter das so genannte Ermessen mit viel Gestaltungsspielraum fallen dürften.

Die Möglichkeiten einen Beamten strafrechtlich zu verfolgen oder ihn zu belangen, wird schwierig, oft auch bei einwandfrei nachweisbaren Verstößen gegen Gesetze.

Amtspflichtverletzungen liegen vor, wenn der Beamte bzw. die Behörde, wie Finanzamt, gegen einen klaren und eindeutigen Wortlaut einer Vorschrift verstößt, eine Vorschrift unrichtig auslegt oder anwendet und auch, wenn trotz Klärung durch richterliche Rechtsprechung, fehlerhaft entschieden wurde, und wenn beispielsweise Unterlagen, die einen Sachvorgang beinhalten verschwinden (Verletzung der Sorgfaltspflicht). Die gesetzlichen Grundlagen des Amtsrechts finden sich im Grundgesetz als auch im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB, § 839, Absatz 1–3).

Im Artikel Art. 34 des Grundgesetzes heißt es unter dem Aspekt ‚Haftung bei Amtsrechtsverletzungen‘:

*„Verletzt jemand in Ausübung eines ihm anvertrauten öffentlichen Amtes die ihm einem Dritten gegenüber obliegende Amtspflicht, so trifft die Verantwortlichkeit grundsätzlich den Staat oder die Körperschaft, in deren Dienst er steht. Bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit bleibt der Rückgriff vorbehalten. Für den Anspruch auf Schadensersatz und für den Rückgriff darf der ordentliche Rechtsweg nicht ausgeschlossen werden.“*

---

Sowohl Amtspflichtverletzungen, die in Form von Falscheiden daher kommen (z. B. Barschelaffäre), aber auch den Amtseiden vieler Politiker bis hin zu Bundeskanzlern und Bundespräsidenten, die den Staat nachweislich verwirtschaftet haben, sind nicht strafbewehrt.

Die Begründung für diesen seltsamen Schutz, ist wohl dort zu finden, wo Integrität vorausgesetzt wird, dass die zur Obrigkeitshörigkeit neigenden Deutschen irgendwie immer dann voraussetzen, wenn sich wieder ein neuer Politiker seinen Weg auf die Machtpositionen bahnt.

Und da drängt sich die Frage auf, welcher Mensch überhaupt für den obersten Staatsposten geeignet ist? Integrität ist nicht die einzige Forderung, die ein solches Amt verlangte. *Menschen für Demo-kratie* verlangen vor allem Wirtschaftskenntnisse, aber vor allem deren Anwendung.

Abgesehen von den Eigenschaften, Neigungen, der Bildung, insbesondere auch Verstand und Logik, die ein solches Amt erforderte, wäre es eigentlich egal, wer sich darauf bewürbe; unbeachtet darf nur nicht gelassen werden, dass das Volk bei Nichteignung des Staatschefs keine Handhabe hat, an dessen Verbleib im Amt etwas zu ändern.

Dies ermöglicht direkte Demokratie. Sie muss auch unabdingbar möglich werden und bleiben.

Dazu ist auch nötig, einen anderen Fähigkeitsnachweis bei Amtsantritt zu fordern, als eben die Karriere des Berufspolitikers. *Menschen für Demokratie* meinen: Es ist von allen, die Abgeordnete sein wollen und das Parlament im Bundestag repräsentieren, als Voraussetzung zum Antritt einer Abgeordnetentätigkeit, auch auf Landes- oder Bundesebene zur Voraussetzung zu machen, dass wirtschaftliche Kenntnisse nachgewiesen werden müssen.

---

Dazu gehören beispielsweise Kenntnisse über Zahlen der statistischen Jahrbücher für Deutschland und Kenntnisse über die Wertung, Wertbarkeit und komplexe Lesart dieser Zahlen und deren Entwicklung über etliche Jahre hinweg. Ohne einen solchen Nachweis und ohne wirtschaftliche Kenntnisse, darf schon das Amt eines Abgeordneten nicht mehr erreichbar sein. Und dann muss es möglich sein, für Politiker, die ohne Sinn und Nutzen für das Gemeinwesen, Unsummen an Geldern im Ausland versenken, eine Strafbarkeit zu realisieren, zumindest im Sinne des Schwures, den sie bei Amtsantritt leisteten. Demnach haben sich alle bundesdeutschen Politiker (bis heute) strafbar gemacht.

Solange Politiker versprechen dürfen, in dem sie irgendetwas sagen, dass sie jederzeit revidieren können, und das, obwohl nachweislich Schaden entstanden ist; diesen Fall darf es nicht länger geben. Dazu müssen schnellstmöglich Gesetze her. Die Möglichkeiten, sich gegen politische Fehlritte zu wehren, müssen jedem Bundesbürger über das Formalrecht hinaus gewährt werden und dürfen nicht mehr durch Richter höchster Gerichte – nach Parteiquoten bestimmt – mit quasi politisierter Rechtsprechung gedeckelt werden.

### **6.1 Merkel und rechtsanhängige Verfahren**

Strafanzeigen gegen die Bundesregierung und den Kanzler bzw. die Kanzlerin sind dennoch zur Zeit nicht unmöglich. *Menschen für Demo-kratie* haben bei der Staatsanwaltschaft Berlin darum ersucht, strafrechtlich überprüfen zu lassen, inwieweit die Bundesregierung Steuergelder in Millionenhöhe veruntreute (siehe <http://www.menschenfuerdemo-kratie.de>). Das Ergebnis der Untersuchung brachte zutage, dass Frau Merkel und ihre Regierungskollegen das Geld nicht zum Zwecke der Parteiwerbung missbrauchten. Gegen diese Begründung haben *Menschen für Demo-kratie* Beschwerde eingelegt.

---

Neben dieser Anzeige, die *Menschen für Demo-kratie* führten und noch führen, liegen gegen die Bundesregierung und Frau Merkel weitere Anzeigen und Verfahren vor und derzeit 50 Verfassungsbeschwerden gegen die Bundesregierung vor, die im Zusammenhang mit dem Stabilisierungsmechanismus beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe eingereicht wurden.

Gut 20 davon sind bereits bearbeitet und zurück gewiesen worden, weil formalrechtliche Anforderungen einer solchen Beschwerde nicht erfüllt waren. Zu den Klägern gehört der CSU-Bundestagsabgeordnete Dr. Peter Gauweiler, der Ökonom Prof. Dr. Dr. h.c. Joachim Starbatty, Wilhelm Handke und Wilhelm Nölling sowie der Staatsrechtler Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider, die Eurogegner waren, seit dessen Einführung diskutiert wurde.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, 73 Prozent der Deutschen sind unzufrieden, wie die Regierung mit der Euro-Krise umspringt, das belegt eine Meinungsumfrage. Die Meinung des Volkes ist bekannt, die Möglichkeiten, dagegen vorzugehen, bleiben ungeklärt.

Das Bundesverfassungsgericht ist in seinen Senaten mit Richtern besetzt, die nach Parteiquoten im höchsten Gericht Deutschlands, in einer quasi politischen Besetzung, Recht in letzter Instanz interpretieren: Da ist nicht immer Gerechtigkeit in den Entscheidungen. Diese Interpretation ist auch für Gerichte ohne parteipolitische Quotenbesetzung möglich. Aber diese Parteiquotenbesetzung gilt bei allen obersten Gerichten, wie BGH, BSG, BAG, BVerwG auch. Der Verdacht auf Interessenkonflikte in Form widerstreitender Situationen bezüglich richterlicher Unabhängigkeit einerseits und andererseits parteipolitischer Orientierung oder zumindest als politisch entsandter Richter führt in bestimmten wesentlichen Entscheidungsfällen zu einer politisierten Rechtsprechung, wo unabhängig von Recht, im Sinne von Gerechtigkeit, der politische Wille doch in die Entscheidung einfließt.

---

Gerichte sollten, selbst wenn solche Fälle fehlen würden, beim Menschen erst gar nicht die Möglichkeit eines Verdachts bieten. Das dem so ist, kann von niemandem geleugnet werden. Eine Abänderung zugunsten mit Parteipolitik nicht befasster Richter muss zur Gewährleistung für die Unabhängigkeit der Richter höchster Instanzen (wie für alle anderen auch) gelten.

In diesem Sinne bleibt festzustellen: Der Volksentscheid muss eingeführt werden.

## **7 Direkte Demokratie in Deutschland?**

Eine Möglichkeit, eine andere Demokratie zu entwerfen, steckte in dem Gedanken, der besseren Kontrolle. Organisationen, die es sich zur Aufgabe machen, als Kontrolleure politischer Arbeit einzutreten, sollten sich formieren. Ein solches Bündnis ist *Menschen für Demo-kratie* und andere Aktionen und Bündnisse, deren Zusammenarbeit von Fall zu Fall oder ständig nötig sind.

### **7.1 Vorbild Schweiz**

Eine Orientierung am Modell ‚Schweiz‘ wäre ein Weg für die Errichtung direkter Demokratie in Deutschland. Das Wichtigste, das dieses Modell lehren könnte, wäre Optimismus. Es wäre schön, wenn Deutsche an eine stabile Währung glauben könnten, die nicht durch die Verstrickungen in einer Währungsunion gefährdet würde. Daran geknüpft wären sichere Arbeitsplätze, allgemeiner Wohlstand und vielleicht sogar Zufriedenheit.

Das Modell Schweiz hat nach einhundert Jahren ohne Währungsreform bewiesen, dass diese Verhältnisse möglich sind. Auf dem Weg in eine derart selbstbestimmte Zukunft müssten die Deutschen sicher viel lernen, aber sie hätten die Möglichkeit, nach zwanzig Jahren, die das Land nicht mehr geteilt ist, ein Deutschland für die Zukunft zu schaffen, dass sich von den Verletzungen der

---

Geschichte erholt. Ein anderes Bildungssystem mit Unterricht, der Verantwortlichkeit genauso lehrt, wie Freude am Mitbestimmen und am Mitgestalten. Der Gedanke, zu diskutieren, sich einzusetzen, auch Rückschläge erleiden zu müssen, und dennoch weiterzumachen, täte vielen Deutschen gut und dem Land von Morgen. Dazu gehörte auch eine sinnvollere Arbeitspolitik, die es Müttern und Vätern noch mehr als bisher ermöglicht, den Nachwuchs großzuziehen, ohne eventuell vom Gefühl begleitet zu sein, gesellschaftlich irgendwie hinten anzustehen.

Auch in der Schweiz ist nicht alles Gold, was glänzt, eine direkte Übertragung der Verhältnisse ist daher unmöglich. Vielmehr sollte und muss es möglich sein, dass mehr Demokratie, mehr Mitbestimmung und Mitsprache und mehr Gleichwertigkeit in Deutschland entsteht, damit ein Modell Direkte Demokratie für dieses Land entstehen kann. Dazu müssen die politische Oberschicht, Wahlbedingungen, Währung, Grundgesetz und auch das Bildungssystem verändert werden. Beispielhaft.

Da die Deutschen so sehr nicht zum revolutionären Umsturz neigen, wird diese Umstellung ein paar Jahre fordern. Bis dahin ist die Frage: Wie soll direkte Demokratie in Deutschland aussehen? Wie viel ist jeder Einzelne bereit, dafür zu tun? Wo will sich jeder Einzelne engagieren? Im Falle der Währungsreform passiert dies, und das wird den Deutschen recht sein, beinahe von selbst.

Die parlamentarische Demokratie hat versagt. Sie mündete im Ausverkauf eines an sich produktionsfreudigen, gut gebildeten Landes, das eine neue Bestimmung braucht. Und diese Bestimmung kann nur heißen: Direkte Demokratie eines wiedervereinten Deutschlands, das das nächste Jahrtausend erleben und mitbestimmen will.

---

## 7.2 Währungsreform

Die USA als Vorbild für Europa sind pleite, und ebenso ist der Euro am Abgrund. Bei allen Versuchen der Amerikaner und auch der Europäer, ihre Währungen zu retten – Deutschlands gesamter Schuldenberg ist momentan über zehn Billionen Euro hoch, ungewiss ist, wie viel Schulden sich in den Bilanzen der Banken verstecken, die, je nach Abschreibung, entsprechend höher ausfallen könnten, gewiss ist aber: die eine oder andere Billion ist es schon – muss bedacht werden, was nach einer Reform, die unweigerlich kommen muss, da Dollar und auch Euro hart angeschlagen sind, geschehen wird.

Das Schlimme an allen Ereignissen, die mit einer Währungsreform einhergehen, ist, wir, das Volk werden erfahren, was geschehen wird, wenn es soweit ist. Politik und auch die Presse werden vorher kaum berichten. Im Fernsehen werden grau Beanzugte mit zusammen gepressten Lippen in grauen Gebäuden verschwinden; es wird von Leibwächtern, persönlichen Assistenten, Chauffeuren wimmeln. An einigen Orten werden vielleicht ein paar Demonstranten warten – der Nachteil solcher Treffen der Finanzoberen ist: Sie sind streng geheim. Und wieder hilft die Presse und macht sich gemein mit derlei Machenschaften.

Wovor soll der Bürger geschützt werden? In der Nacht der Nächte, in der der Euro crasht, sind alle Portemonnaies in Deutschlands Hosentaschen, Schubladen und Handtaschen mit Scheinen und Münzen gestopft, die nur noch schön anzusehen sind – beim Gemüsehändler am Eck wären sie keinen Pfifferling mehr wert.

Die Bundesregierung sicherte unlängst im Fernsehen dem deutschen Anleger zu: Die Sparvermögen seien sicher. Der Betrag, den Frau Merkel als sicher titulierte, galt für die angelegten Beträge – nicht für deren inflationsgeschütz-

---

ten Wertausgleich. Für über zehn Billionen Euro kann niemand mehr einste-  
hen, auch nicht für 2,8 Billionen Euro (nur explizite Schulden und subsidiäre  
Haftungen), geschweige denn Erträge in dieser Unsummenhöhe erzielen, zu-  
mindest nicht durch normales Wirtschaftswachstum, das künftig dem Haus-  
halt fehlen wird; insbesondere wenn die Kassen leer sind und Schulden  
drücken.

So lange in jedem Jahr der Bundeshaushalt mit mehr Ausgaben belastet wird,  
als Einnahmen gegengesetzt werden könnten, so lange wird es ein Wirt-  
schaftswachstum nur in der Presse geben, abgeklirt von Bierdeckeln seltsa-  
mer Theoretiker, jedoch nicht im realen Leben.

Es mag sein, dass der Konsum in Deutschland nach wie vor hoch ist, und da-  
von berichtet die Presse, aber davon entsteht nicht das Wirtschaftswachstum,  
das ebenjene über zehn Billionen Euro Staatsschulden ausmerzt. Und da sei  
noch einmal an die Worte des Herrn Schmidt aus Hamburg verwiesen, der be-  
hauptete, die Währung wäre gut.

Die Krise unserer Zeit ist keine Wirtschaftskrise, auch keine Krise der Banken,  
sie ist eine Krise des Geldsystems. Die Finanzpolitik des Augenblicks wird das  
Wirtschaftswachstum (also das Bruttosozialprodukt) durch Sparmaßnahmen  
bremsen; das bedeutet weniger Steuereinnahmen, obgleich sich das durch  
vorübergehend höhere Steuereinnahmen, die jedoch für unbefristete Steuer-  
senkungen verfrühstückt werden sollen, gerade ein wenig anders darstellt. Da  
der Staat als Verwalter der Sozialkassen auch die Wirtschaft subventioniert,  
bleibt unter dem Strich bei keinem Sparprogramm ein sinnvoller Effekt für  
Schuldenabbau. Deutschland wird, wie alle übrigen Länder der Europäischen  
Währungsunion, auf dem Schuldenberg sitzen bleiben. Und da können die Eu-  
ropäer so viel kaufen, wie sie lustig sind, ihre Staaten rettet das nicht.



---

Finanzwissenschaftler sagten die Wahrscheinlichkeit einer Währungsreform zu 90 Prozent voraus. Die besten Chancen dafür sahen sie in den Jahren zwischen 2010 bis 2019.

Kommt nach dem Euro wieder die D-Mark? Wenn ja, hieße das: Bei der Währungsumstellung würde der Euro derart abgewertet, dass sich die Staatsschulden verringerten; für Private wäre eine Tilgung beispielsweise bei nicht abgewerteten Hypothekenschulden mit abgewerteter Währung kaum noch möglich wie vor der Währungsumstellung, zumal die Sparguthaben der Anleger wie verbrannt wären und soweit es Rentner und Unterstützungsempfänger betrifft, keine zusätzlichen Einkünfte durch den Erwerb geben kann.

Gingen zu früheren Zeiten Staaten, egal unter welchen Herrschern, pleite, gab es drei Möglichkeiten, sich aus der Affäre zu ziehen: Staatsbankrott (wie Österreich 1811 oder Island 2008), Inflation (in Frankreich während der Französischen Revolution, oder zu Zeiten der Weltwirtschaftskrise 1929 oder in Deutschland in den Jahren von 1939 bis 1948, wo die Währung durch eine Reform korrigiert wurde, die als letzte Möglichkeit, die Währung zu sanieren bis heute gilt.)

Bei Einführung des Euro (ein tatsächlicher Teuro) wurde die D-Mark über die bekannte laufende Entwertung nochmal, sozusagen außerplanmäßig, entwertet. Damit wurde die Kaufkraft verringert und der Staat blieb auf seinem Schuldenberg sitzen.

Auch heute gehen Wirtschaftswissenschaftler von einer Geldentwertung aus, bliebe der Euro. Eine Inflation beschwört keiner der Wirtschaftsfachleute herauf, der Staatsbankrott ist zumindest für Deutschland nicht vorstellbar, weil die Währung – und das mag jetzt lächerlich klingen – dennoch stabil ist, somit bliebe die Währungsreform. Und nun ist es auch zu erklären, warum die Pres-

---

se über die Machenschaften um die Währung schweigt: Sie will, wie die Politik, deren Handlanger sie besonders in dieser Angelegenheit ist, verhindern, dass Anleger ihre Guthaben ins Ausland transferieren. Das könnte dem Staat, der ohne die Sparbücher seiner Bürger nicht in der Lage wäre zu wirtschaften, das Genick brechen.

Die Entwertung des Euro kommt. Als Vermögensabgaben, als Lastenausgleichsgesetz, als Inflation (durch Kaufkraftverluste, die es schon jetzt gibt), als Währungsreform. Und wenn die Reform schon morgen käme, dann wären die Belastungen für den Bürger weniger hoch – der Staat gewinnt ja immer; je länger er Zeit für weitere Schuldenaufnahmen hat, die im Crash die verbliebene Kaufkraft kosten wird.

### **7.3 Volksentscheid**

Der Volksentscheid steht für den Willen der Menschen eines Staates (oder auch Bundeslandes oder Distriks) und entscheidet über eine politische Maßnahme oder ein Gesetz. In den Verfassungen der Bundesländer sind Volksbegehren und Volksentscheide vorgesehen; im Grundgesetz nur bei Neugliederung des Bundesgebietes (Art. 29 GG) und bei der Ablösung des Grundgesetzes durch eine neue Verfassung (Art. 146 GG).

Volksbegehren und Volksentscheid kennzeichnen die direkte Demokratie. Ein Land mit direkter Demokratie wird argwöhnisch betrachtet von anderen Ländern, die sie nicht haben, insbesondere auch durch die nicht im Sinne direkter Demokratie legitimierten Kommissare der Europäischen Union. Bei Volksentscheid hat die Bevölkerung das Recht über von der Politik in das Parlament eingebrachte und dort verabschiedete Gesetze abzustimmen und auch Abstimmung über neue Verfassungsbestimmungen durchzusetzen bzw. diese zu erzwingen.

---

Dort, wo direkte Demokratie praktiziert wird, wurde erkannt, dass Menschen an und für sich solidarisch handeln, aber fehlbar sind. Diese Fehlbarkeit drückt sich oft genug im Streben nach Machtpositionen aus oder im Machtmissbrauch.

In der direkten Demokratie entscheidet tatsächlich das Volk. Das ist ein Instrument der Kontrolle für Politiker und Parlamentarier. Das Recht, über vom Parlament vorgefasste Gesetze in Form eines Volksbescheides nach entsprechendem Volksbegehren abstimmen zu können, diszipliniert Parlamentarier.

Der Volksentscheid als direkte demokratische Kontrolle bremst auch lobbyistische Verflechtungen und im Rahmen dieser die Durchsetzung bestimmter Vorhaben. Wo grundsätzliche Fragen durch Zwang einer Volksabstimmung angesprochen werden, wird entsprechend diskutiert und es muss Rechenschaft abgelegt werden.

Auch in Deutschland muss der Wille zur Machtkontrolle als Vorteil gesehen werden, denn nur so können künftig auch soziale Fragen gerecht gelöst werden. Das Volk eines Landes muss mitgestalten dürfen; es muss sich entfalten dürfen, nicht unter der Macht seiner Volksvertreter leiden.

In einem Fernsehauftritt des ZDF führte der Fraktionsvorsitzende der CDU Volker Kauder aus, die Frage Volksentscheid sei augenblicklich nicht opportun, dennoch müsse darüber nachgedacht werden.

Die Vertröstung des Herrn Kauder, soll das Volk beruhigen, eigentlich will weder Kauder, noch die CDU einen entsprechenden politischen Volkseinfluss.

Die Politik äußert sich auch mit entsprechenden Überlegungen in diese Richtung, aber eine Korrektur durch Volksbegehren und Volksentscheid ist in der indirekten Demokratie auf parlamentarischer Basis nicht möglich, und irgendwie, so den letzten Pressemitteilungen des Herrn Kauder und der CDU/CSU folgend, auch gar nicht erwünscht.

---

Doch die Verwirschaftung des Landes, Machtmissbrauch, Parteipolitik auf Staatskosten müssen Beispiele sein, die direkte Demokratie zu wählen. *Menschen für Demo-kratie* machen sich in diesem Sinne stark und sind für Volksbegehren und Volksentscheid. Im Zusammenhang mit der kommenden Währungsumstellung wäre der Zeitpunkt sehr geeignet, Deutschland umzustrukturieren.

#### **7.4 Versicherungsverein(e) auf Gegenseitigkeit**

Die Menschen in Deutschland sollten in Zukunft nach den Grundsätzen der Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit leben. Diese unterliegen dem Versicherungsaufsichtsgesetz. Die Grundsätze, die für ebenjene Versicherungsvereine gelten, sind dem Versicherungsaufsichtsgesetz zu entnehmen und können von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) in Bonn erfahren werden. Natürlich auch von jedem interessierten Politiker.

Der Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit verbürgt sich dafür, dass – nach Dotierung einer Verlustrücklage – alle Überschüsse den versicherten Mitgliedern zustehen. Treten Fehlbeträge auf (bedingt durch die Anlagepolitik), so sind diese durch Beitragserhöhung bzw. Leistungssenkung – aufsichtsbehördlich vorgeschrieben – auszugleichen.

Bezogen auf die Haushaltspolitik eines Landes bedeutet dies entweder Steuererhöhung oder Kürzung der Ausgaben, und zwar ohne Kreditaufnahme, deren Verzinsung den Haushalt langfristig zusätzlich belastet. Ausgaben wie diese Zinsen und andere hohe Ausgaben engen den Handlungsspielraum einer Regierung immer ein. Politik muss jedoch das Leistungssystem schützen, damit der durch die Politik zu vertretende Mensch und die Gesamtheit der Menschen in einem Land geschützt bzw. deren Belange gewährleistet werden können, wie dies auch dem Vertrauensschutz innerhalb einer Gefahrgemeinschaft,

---

also den grundsätzlich für die Betreibung von Versicherungsgeschäften entspricht. Bei Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit wachen Landes- und Bundesaufsichtsbehörde über diese Grundsätze.

Im Augenblick ist Deutschland diesbezüglich unbewacht.

### **7.5 Rebellen, Demonstranten und Revoluzzer**

Finnland zeigte sein Unverständnis mit den Regelungen der Europäischen Währungsunion, ebenso Spanien. Dort ist jeder zweite von fünf Jugendlichen ohne Arbeit, und ebenso ergeht es jedem fünften Erwachsenen. Der Presse ist zu entnehmen, dass gegen Eliten demonstriert wird. Die Perspektivlosigkeit der Jugend wird angeprangert.

Die Bewegung „Echte Demokratie – Jetzt!“ hat ganz Spanien erfasst. Sie kennt keine Anführer. Jeder kann sich im Rahmen der Aufteilung in Komitees anschließen. Und auch in Griechenland wird demonstriert. *Menschen für Demokratie* befürworten diesen Kampf!

In Griechenland wird es immer mehr Aufstände geben, Sparmaßnahmen sind unrealisierbar geworden. Entgegen der Meinung der Bundesregierung über die Europäische Kommission, dass eine weiche Umschuldung in Griechenland sinnvolle Ergebnisse bringen könnten, bleibt nur die harte Umschuldung. Und die Griechen bringen ihr Geld ins Ausland. Darüber berichtet die deutsche Presse, und um zu verhindern, dass auch Deutsche ihr Geld ins Ausland schaffen, berichtet sie nicht, dass Deutschlands Kassen so leer sind wie griechische.

Das griechische Bankensystem steht unmittelbar vor dem Kollaps. Nicht nur Bürger, sondern auch Investoren ziehen ihr Geld ab. Die Schulden bleiben dem

---

Land jedoch. Wenn weiter durch Verlängerung der Laufzeiten für die Schuldentilgung und die Reduzierung der Zinskonditionen die Krise vorangetrieben wird, um den harten Schuldenschnitt zu verhindern, wird nur der Zeitpunkt des Crashes verlegt und die letzte Glaubwürdigkeit in Regierungen verloren. Hinzu kommt, dass der Crash dort, ganz Europa erschüttern wird. Das Land mit einem jährlichen Defizit aus Neuverschuldung von neun Prozent und einer Gesamtverschuldung (nur explizite Schulden) von 165 Prozent, ist ein Vulkan.

Aus dem arabischen Raum war von Aufständen zu hören. Diktatoren wurden entmachteter. Ein Erfolg für freiheitsliebende und demokratisch Gesinnte, aber auch diese Länder stehen am Rande der Pleite.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) gab bekannt, dass den arabischen Staaten zur Zeit 160 Milliarden Dollar fehlen. Das sind ungefähr 110 bis 115 Milliarden Euro. Der IWF gab bekannt, er wolle 35 Milliarden Dollar, das sind etwa 25 Milliarden Euro, anteilig übernehmen. Den Rest, immerhin 90 Milliarden Euro, sollen von anderen Ländern aufgebracht werden. Sollten die Öl fördernden Staaten einspringen, dürfte klar sein, dass diese Revolution auch von uns Europäern über die Preise für Benzin und Heizöl mitbezahlt werden. Das mag vielleicht die Kehrseite der Globalisierung sein.

In osteuropäischen Ländern, wie beispielsweise Rumänien und Bulgarien, erfolgt zur Zeit eine so genannte Destrukturierung durch Mitarbeiter des IWF, um die Gefahren der Zahlungsunfähigkeit zu mindern. Gerade diese Länder hatten schon vor wenigen Jahren Brüsseler Finanzhilfen (von jeweils 25 Milliarden Euro) erhalten, um weiterhin Rechnungen zahlen zu können.

## **7.6 Wahlen/Abgeordnete**

Aus den Wahlergebnissen der letzten Landtags- und Bundestagswahl ist teilweise ein ansteigender Trend zu erkennen, Stimmzettel ungültig zu machen.

---

*Menschen für Demo-kratie* sehen darin Gutes. Die Stimmen werden abgegeben, statistisch gewertet und gezählt. Das Ergebnis ist kein Ergebnis. Und das ist besser als nicht zur Wahl zu gehen und damit zu riskieren, dass Stimmen denen anteilig zugesprochen werden, die weiterhin für die Verwirschaftung des Landes sorgen.

Der Anteil dieser Stimmzettel ist noch sehr gering, gemessen an den jeweiligen Wahlberechtigten. *Menschen für Demo-kratie* werden eine entsprechende Aktion für alle Wahlkreise in Deutschland initiieren, wenn nicht alsbald regierungsseitig entsprechende Initiativen in Richtung Volksentscheid ergriffen werden.

Auch wenn der Volksentscheid ein umstrittenes Thema ist, das in deutscher Geschichte zu Entscheidungen geführt hat, für die Scham und Schuld der Worte nicht genug sind, so muss doch auch akzeptiert werden, dass jeder Deutsche mittlerweile aus der Geschichte gelernt hat. Somit ist klar, was es in Deutschland nie wieder gibt und nie wieder geben darf; und es muss auch klar sein, dass freiheitliche Demokratie nur auf dem Weg der direkten Demokratie möglich wird. Unkundigkeit der Entscheider, Verwirschaftung, Machtausübung zum Zwecke, die Regierungszeit einer Partei zu verlängern, darf es nicht länger geben – die Verantwortlichkeit eines jeden Einzelnen muss das Ziel sein, um die herrschende Politik in eine dienende zu verwandeln. Die Geschichte mahnt, doch sie darf der Zukunft nicht im Wege stehen.

## **8 Wir werden die direkte Demokratie bekommen**

Die finanzielle Lage Deutschlands ist angespannt. Der Euro hat ausgedient. Nun ist es Zeit für eine Politik, die folgendes ermöglicht:

- Das Volk muss lernen, von seinem Mitspracherecht Gebrauch zu machen.

- 
- Die Politik muss lernen, staatsdienlich zu arbeiten.
  - Es muss das Interesse aller Unternehmer werden, der sozialen Marktwirtschaft zuzuarbeiten.
  - Auf jeder Ebene müssen Führungskräfte herangezogen werden, die es verstehen, ihre Position zum Vorteil anderer auszubauen und nicht auf den eigenen Vorteil beharren.
  - Tugenden, wie Ehrlichkeit, Treue, Unbestechlichkeit müssen wieder in Regierungszentren, Parlamenten, Vorständen und Leitungen anzutreffen sein.
  - Politik darf und muss künftig nur der Sache verpflichtet sein und nicht länger hauptsächlich Partei dienlich; Legislaturperioden gehören abgeschafft, das Volk muss beurteilen, inwiefern eine Regierung an der Macht bleiben darf und wann ihre Zeit beendet ist.

Dies alles wird nicht von heute auf morgen passieren können. Jeder Einzelne muss entscheiden, ob er sein Land mitgestalten will oder nicht. Klar ist aber auch: So lange das Volk enttäuscht ist über die Politik des Landes, so lange gewährt es denen Raum, die sie für ihre Interessen nutzen. Und vielleicht ist das sogar das Problem: Fordert niemand etwas, wird es keinen geben, der die Forderung erfüllt bzw. sich vorwerfen lassen muss, sie nicht erfüllt zu haben. Dafür muss es Bewertungsmaßstäbe geben, und darüber hinaus festgelegte Konsequenzen, die strafgerichtlichen Charakter haben müssen.

Vor diesem Hintergrund ist es besonders verwerflich, dass die Information über die desaströse Lage des Euro so lange verschwiegen wurde. Zunächst von der Politik, aber auch von der Presse, insbesondere aus Sicht der Werbung für Öffentlichkeitsarbeit der Regierungen, die dafür sogar einen Etat aus Steuermitteln haben.



---

Angela Merkel hätte bei ihrem Amtsantritt im Jahre 2005 einen Kassensturz machen müssen. Sie hätte darlegen müssen, wie schlecht die Lage der Europäischen Währungsunion ist. Um aber die Interessen ihrer Partei zu wahren und vielleicht auch, weil sie daran glaubte, politisch etwas in Deutschland verändern zu wollen, wie es dem Wahlprogramm der CDU entspricht, verschwieg sie die finanzielle Lage. Weil die Presse und auch das Volk ihr zu keiner anderen Möglichkeit verhalf, verpasste sie damit, eine einmalige Chance, Deutschland in eine ehrliche Zukunft zu führen. Das Verschweigen der miesen Finanzlage, das Ertragen und Umschiffen der Währungsreform, die Abhängigkeit von den Ländern der Europäischen Gemeinschaft, das Gerede während der Finanzkrise, die Angebote, das Volk zu beruhigen, mit der Abwrackprämie z. B., deutet nicht auf eine dem Volk verpflichtete Regierungsarbeit hin. Es zeugt vielmehr vom Interesse, Politik zu betreiben auf Kosten des Volkes. Dies vermehrt die Staatsschulden, verspielt die Renten künftiger Generationen und führt dazu, dass wichtige Reformen im Land nicht beginnen können, da das Geld fehlt.

In diesem Sinne erscheint es besonders spöttisch, wenn die Regierung 2,8 Millionen Euro aus dem Steuertopf des Staates dafür verwendet, Annoncen in Zeitungen zu schalten, um darin für die Arbeit der Bundesregierung zu werben. Arbeit, die diese Regierung bei Amtsantritt zu übernehmen versprach, weil es die Arbeit der Regierung ist (vgl. [www.menschenfuerdemo-kratie.de](http://www.menschenfuerdemo-kratie.de)), für die Minister und Bundeskanzler gerade ihre Festbezüge und auch Pensionsanswartschaften erhalten sowie Ansprüche auf Beihilfe im Krankheits- und Pflegefall.

Es gab einen Film mit dem Titel „... denn sie wissen nicht was sie tun“ (USA, 1955, Regie: Nicolas Ray) mit James Dean. Frau Angela Merkel weiß genau, was sie tut und, um die Parallele zum Film aufzugreifen, der die Probleme der

---

so genannten verlorenen Generation darstellt, hat sie dazu beigetragen, dass es in Deutschland gleich mehrere verlorene Generationen geben wird. Sie alle werden für die Finanzmisere unserer Zeit bezahlen.

Frau Merkel muss die Zahlen gekannt haben. Lange genug war sie in den Kreisen, in denen über die Finanzen entschieden wurde. Sie hätte wissen müssen, dass kann sie nicht packen. Und nun hat sie sich übernommen und mit ihr ganz Deutschland.

Es bleibt abzuwarten, welche Chancen sie nutzen will, um am Ende ihrer Regierungszeit noch zu einer historischen Leistung zu gelangen, die sie in den Büchern der Geschichtsschreibung erwähnenswert macht und in welchem Sinne. Hoffen wir, sie fasst nun endlich die richtigen Entschlüsse. Die Währungsreform und der Ausstieg aus der Europäischen Währungsunion wären gute Wege. Das Land danach zu reformieren sehr viel Arbeit. Es muss klar sein, dass das eine Aufgabe für ganz Deutschland sein muss; *Menschen für Demokratie* glauben deshalb, wir bekommen die direkte Demokratie.

Das schönste Ziel für eine designierte Ex-Bundeskanzlerin.

**MENSCHEN FÜR DEMOKRATIE**